

**83. Sitzung, Dienstag, 20. Dezember 2016, 16.30 Uhr**

Vorsitz: *Rolf Steiner (SP, Dietikon)*

Verhandlungsgegenstände**2. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2017**

Antrag des Regierungsrates vom 31. August 2016, Nachtrag vom 2. November 2016 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 24. November 2016; Fortsetzung der Beratungen vom 19. Dezember 2016

Vorlage 5309b..... Seite 5473

Verschiedenes

- Rücktrittserklärungen
 - Rücktritt aus dem Kantonsrat von Johannes Zollinger, Wädenswil..... Seite 5519
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 5522
- Umwandlung einer Motion in ein Postulat Seite 5522

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Rolf Steiner: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

2. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2017

Antrag des Regierungsrates vom 31. August 2016, Nachtrag vom 2. November 2016 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 24. November 2016; Fortsetzung der Beratungen vom 19. Dezember 2016

Vorlage 5309b

Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)

Leistungsgruppe 9000, Kantonsrat und Parlamentsdienste

Leistungsgruppe 9001, Fonds zur Absicherung Staatsgarantie Zürcher Kantonalbank

Leistungsgruppe 9020, Finanzkontrolle

Keine Bemerkungen; so genehmigt.

Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Anstalten)

Leistungsgruppe 9300, Zürcher Verkehrsverbund

Leistungsgruppe 9510, Universitätsspital

Leistungsgruppe 9520, Kantonsspital

Leistungsgruppe 9600, Universität

Leistungsgruppe 9690, Zentralbibliothek

Leistungsgruppe 9710, Zürcher Hochschulen für angewandte Wissenschaften

Leistungsgruppe 9720, Zürcher Hochschule der Künste

Leistungsgruppe 9740, Pädagogische Hochschule

Leistungsgruppe 9800, Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Keine Bemerkungen; so genehmigt.

Übrige Organisationen (nicht zu konsolidierende Anstalten)

Leistungsgruppe 9200, Arbeitslosenkasse

Keine Bemerkungen; so genehmigt.

4 Finanzdirektion

Leistungsgruppe 4950, Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen

15. Antrag FIKO

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. - 188'754'931

neu: Fr. - 196'25 '931

Verbesserung: Fr. 7'500'000

Als Lü-Massnahme F18.1 plant der Regierungsrat, die Lohnsumme in den Leistungsgruppen um jährlich (2017-2019) 0,2% zu senken. Gleichzeitig sieht er für individuelle Lohnerhöhungen 0,4% vor. Gemäss Berichterstattung des Regierungsrats zu den Rotationsgewinnen (vgl. RRB Nr. 328/2016) betrugen diese 2015 im Durchschnitt 0,8%. Damit lassen sich sowohl die geplante Senkung der Lohnsumme als auch die individuellen Lohnerhöhungen aus Rotationsgewinnen finanzieren. Bei einer Leistungsüberprüfung darf erwartet werden, dass die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung bisheriger Stellen bzw. die Schaffung neuer Stellen kritisch hinterfragt wird. Eine solche systematische Überprüfung kann aus den vorgelegten Lü16-Massnahmen nicht entnommen werden. Das Potenzial aus Stellenverzicht (insbesondere Wiederbesetzung und Neuschaffung) dürfte beträchtlich sein. Die Vorgabe des Regierungsrats zur Reduktion der Lohnsumme in den Leistungsgruppen soll daher für das Jahr 2017 auf 0,4% verdoppelt werden.

Beatrix Frey (FDP, Meilen), Präsidentin der Finanzkommission (FIKO): Im Rahmen der Lü16-Massnahme F18.1 legt der Regierungsrat dar, dass er die Lohnsumme in den Leistungsgruppen zwischen 2017 und 2019 um jährlich 0,2 Prozent senken will. Daraus resultiert gemäss Regierungsratsbeschluss Nr. 236/2016 für diese Zeitperiode eine Verbesserung im Umfang von insgesamt 45,1 Millionen Franken. Gleichzeitig plant die Regierung individuelle Lohnentwicklungsmassnahmen im Umfang von 0,4 Prozent, welche aus Rotationsgewinnen finanziert werden sollen.

Die Mehrheit der FIKO beantragt, die Vorgabe des Regierungsrats zur Reduktion der Lohnsumme für das Jahr 2017 von 0,2 Prozent auf 0,4 Prozent zu verdoppeln, was in der Leistungsgruppe 4950 zu einer Saldoverbesserung von 7,5 Millionen Franken führt.

Der Finanzdirektor (*Regierungsrat Ernst Stocker*) hat in seinem Eingangsvotum gesagt, dass sich die Regierung gegen diesen Budgetantrag vehement zur Wehr setzen werde. Lassen Sie mich deshalb bevor der emotionale Schlagabtausch beginnt, einige Fakten darlegen:

Entgegen der Ankündigung der Regierung ist die im KEF eingestellte und um die Kürzung in der Leistungsgruppe 4950 bereinigte Lohnsumme 2019 gegenüber dem Budget 2016 um 18 Millionen Franken beziehungsweise 0,4 Prozent höher und nicht wie erwartet um 0,6 Prozent tiefer.

Zweitens: Auch wenn der Kantonsrat dem Budgetantrag der FIKO-Mehrheit und den entsprechenden KEF-Erklärungen, welche eine Verdoppelung der Vorgabe fordern, zustimmt, sinkt die Lohnsumme 2019 gegenüber dem Budget 2016 um lediglich 5 Millionen Franken beziehungsweise 0,1 Prozent.

Gleichzeitig rechnet die Regierung mit jährlichen Rotationsgewinnen im Umfang von 0,6 Prozent der Lohnsumme. Zwischen 2005 und 2015 schwankten die Rotationsgewinne zwischen 0,3 und 1,4 Prozent; 2015 betrugen sie 0,8 Prozent. Die vom Regierungsrat prognostizierten Rotationsgewinne dürfen daher als konservativ bezeichnet werden, insbesondere 2016 und 2017 dürften sie höher ausfallen, weil davon ausgegangen werden kann, dass wegen den Änderungen bei der BVK (*Versicherungskasse für das Staatspersonal*) eine überdurchschnittlich hohe Anzahl der Mitarbeitenden von der Möglichkeit des vorzeitigen Altersrücktritts Gebrauch machen wird. Der Regierung stehen selbst bei einer Annahme des FIKO-Budgetantrags und der entsprechenden KEF-Erklärungen zwischen 2017 und 2019 also immer noch mindestens 70 und realistischerweise wohl gegen 100 Millionen Franken für lohnsummenwirksame Massnahmen zur Verfügung. Von fehlendem Handlungsspielraum kann angesichts dieser Tatsachen wohl kaum gesprochen werden.

Ich habe Verständnis, dass sich der Finanzdirektor als oberster Personalchef für seine Leute einsetzt. Wenn er aber sagt, der FIKO-Antrag sei ein schlechtes, nicht wertschätzendes Signal an das Personal, dann hat er die Botschaft der FIKO-Mehrheit gründlich missverstanden. Die FIKO ist wie die Regierung der Ansicht, dass die Verwaltung fähige Leute braucht und dass diese anständig entlohnt werden sollen.

Die FIKO-Mehrheit ist aber auch klar der Meinung, dass im Rahmen einer Leistungsüberprüfung die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung bisheriger Stellen beziehungsweise die Schaffung neuer Stellen kritisch hinterfragt werden muss. Eine solche systematische Überprüfung

ist aus den vorgelegten L16-Massnahmen (*Leistungsüberprüfung 16*) nicht ersichtlich.

Das Potenzial ist beträchtlich: Vergessen wir nicht, dass der Personalaufwand mit über 5 Milliarden Franken gut einen Drittel des Gesamtaufwands des Staatshaushalts ausmacht. Zieht man den Transferaufwand und die durchlaufenden Beträge ab sind es sogar 60 Prozent.

Die Botschaft der FIKO-Mehrheit richtet sich denn auch ganz klar an die Regierung, im Rahmen von L16 den Aufgaben- und Stellenplan und nicht die Löhne zu korrigieren.

Es wäre schön, wenn das auch die Personalvertreter zur Kenntnis nehmen würden, dass dies so ist. Und statt sofort in ihren stereotypen «Der Staat wird auf dem Buckel des Personals zu Tode gespart»-Modus zu verfallen, sollten sie der Regierung besser ein paar kritische Fragen stellen.

So hat beispielsweise die Debatte um die L16-Vorlage zum EG BBG (*Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung*) oder auch die Budget-Debatte ein paar bedenkenswerte Beispiele gezeigt, wie sich die Verwaltung durch Doppelspurigkeiten, mangelnde Kooperationsfähigkeit, fragwürdige Dienstleistungen oder aufwändige Kontrollen gegenseitig aufbläht oder beübt. Fragen Sie die Regierung doch einmal, was sie unternimmt, um diese parkinsonsche Gesetzmässigkeit zu durchbrechen?

Zahlreiche Kaderangestellte haben im Zuge der BVK-Anpassungen von der Möglichkeit einer vorzeitigen Altersrücktritts Gebrauch gemacht. Fragen Sie die Regierung, in wie vielen Fällen sie diese Gelegenheit für eine systematische Überprüfung der Organisation und Stellenbemessung genutzt hat?

Oder fragen Sie die Regierung, weshalb sie lieber Überbrückungszuschüsse an vorzeitig Pensionierte ausrichtet, statt sich dafür einzusetzen, dass diese Gelder den aktiven Mitarbeitenden zu Gute kommen? Ende 2015 bezogen 741 Personen Überbrückungszuschüsse, wofür mehr als 10 Millionen Franken zurückgestellt wurden. Bei über 90 Prozent, dieser Personen, handelt es sich um solche, die völlig freiwillig einen Altersrücktritt gemacht haben.

Was die FIKO-Mehrheit mit dem vorliegenden Antrag verlangt, ist weder unzumutbar noch unrealistisch. 7,5 Millionen Franken entsprechen weniger als 100 Stellen und das bei einem Gesamtbestand von rund 46'000 Stellen.

Die Regierung will die besten Leute? Sie kann sie haben. Und sie kann sie auch anständig bezahlen. Aber sie kann sie nicht à discrétion bekommen.

Im Namen der Mehrheit der Finanzkommission bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen. Besten Dank.

15a. Minderheitsantrag Sabine Sieber, Robert Brunner und Tobias Langenegger (FIKO):

Verschlechterung: Fr. 50'000'000

Realloohnerhöhung um 1%: Gemäss der neusten UBS-Lohnumfrage (Personalverordnung § 16) weist die durchschnittliche Lohnentwicklung für 2017 einen Wert von 0,6% und die Jahreststeuerung einen solchen von 0,4% auf. Zudem soll die mit den höheren BVK-Beiträgen einhergehende Reallohnkürzung kompensiert werden.

Sabine Sieber Hirschi (SP, Bauma): Vor einem Jahr haben wir entgegen unserer Tradition keinen Lohnantrag gestellt, denn wir wussten ja schon vor einem Jahr, dass die Erhöhung der BVK-Prämien 2017 auf unser Personal zukommen würde und damit eine Reallohnkürzung ins Haus stehen würde. Darum kommen wir jetzt mit einer Lohnerhöhung, um diese Reallohnkürzung etwas abzufedern.

Die Regierung will mit Lü16 eine 0,2-prozentige Kürzung, was wir bereits als inakzeptabel anschauen. Wie haben Sie, Herr Regierungsrat Stocker, beim Eintretensvotum doch auf Ihre bürgerlichen Leute eingedroschen, dass wir dem Personal schauen müssen, dass Kürzungen grundsätzlich falsch seien, dass es ein falsches Signal sei, dass wir gute Leute hätten, die gute Arbeit leisten, dass wir effizientes Arbeiten bei unserem Personal als Dauerauftrag sehen und dass dieser Dauerauftrag auch erfüllt werde und wir konkurrenzfähig bleiben müssten.

Wir haben fast gedacht, Sie hätten ein rotes Parteibüchlein, Herr Regierungsrat. Nur, Sie haben leider bereits schon von einer Kürzung von 0,2 Prozent gesprochen. Dass nun die Gegenseite diese Kürzung noch verdoppeln möchte, ist für uns jenseits von Gut und Böse. Und wir haben auch gar kein Verständnis für die Mehrheit der FIKO, auch wenn Frau Frey das gut geschafft hat, hier politisch für die Mehrheit zu sprechen.

Gestern im Radio, heute in der Zeitung wurden wir über die Lohnrunden informiert. Für viele Arbeitnehmer gibt es eine Lohnerhöhung zwischen 0,5 und 1 Prozent. Grundsätzlich stellte man fest, dass gute Löhne in der Schweiz bezahlt werden. Allerdings wurde klar festgestellt, dass es die tiefen Löhne sind, die profitieren, und die hohen Löhne. Die tiefen Löhne profitieren, weil sie unter dem Druck der

Mindestlohnforderung stehen und deshalb etwas angepasst wurden. Die hohen Löhne, ja, da wissen wir alle nicht so genau, warum die hohen Löhne immer höher und höher werden.

Was aber klar ist: Die Verlierer sind die mittleren Lohnklassen, also einmal mehr der Mittelstand und damit also auch der grösste Teil unseres kantonalen Personals. Das kommt vor allem daher, dass Lohnerhöhungen bei uns nicht linear verteilt werden, sondern individuell, das heisst, so wie es mit den Rotationsgewinnen passiert. Wir aber wollen Lohnerhöhungen für alle statt für wenige.

Laut unserer Personalverordnung müsste der Regierungsrat die Teuerungszulage nach dem Landesindex für Konsumentenpreise für das nächste Jahr festlegen. Auch müsste der Regierungsrat Realloohnerhöhungen gewähren, angepasst an die Lohnentwicklung bedeutender Arbeitgeber im Wirtschaftsraum Zürich. So steht es wirklich in unserer Personalverordnung, und eigentlich wäre das jetzt wirklich wieder einmal angebracht. Im Moment, wie gesagt, 0,5 bis 1 Prozent Lohnerhöhung. Die Teuerung ist im Moment auf 0,4 Prozent prognostiziert.

Unser Staatspersonal hat seit 13 Jahren keine Lohnerhöhung und keinen vollen Teuerungsausgleich erhalten. Wie lange wollen Sie das noch durchziehen? Bitte denken Sie auch daran, was der Kanton macht, da ziehen auch die meisten Gemeinden nach. Es hat also mehr Auswirkungen, als Sie sich denken können. Zusammen mit der BVK-Mehrbelastung sind darum 1 Prozent Lohnerhöhung mehr als gerechtfertigt.

Noch etwas anderes, werte Bürgerliche: Sie vergleichen unseren Staat immer mit einem Unternehmen. Aber Sie machen diesen Vergleich nur, wenn es um Ausgaben geht. Bitte machen Sie diesen Vergleich auch einmal bei den Einnahmen oder bei der Wachstumsrate. Die Konjunkturforschungsstelle wies letzte Woche eine Wachstumsrate für 2016 von 1,4 Prozent aus und erwartet im nächsten Jahr eine Wachstumsrate von 1,6 Prozent. Und man staune, da sind wir genau bei dem, was Frau Frey vorhing gesagt hat, dass der Regierungsrat 1,6 Prozent mehr budgetiert hätte bei der Lohnsumme.

Immer wird die Wachstumsrate bei Unternehmen als grosse Leistung angeschaut, nur beim Staat und beim Personal nicht. Wenn also unsere Personalkosten nicht wachsen dürfen, dann behandeln Sie den Staat auch in anderen Belangen nicht als Unternehmen, sprich auf der Ausgabenseite.

Nun, auf unsere Forderung für die einprozentige Lohnerhöhung werden Sie wohl nicht eingehen. Aber ich bitte Sie, sich über dieses Signal, das Sie nun gegenüber dem Personal setzten, auch etwas bewusst zu werden, vor allem wenn Sie noch auf einer Verdoppelung der Kür-

zung auf 0,4 Prozent beharren. Hören Sie wenigstens in diesem Fall, wenn schon nicht auf uns, auf Ihren Regierungsrat. Sollten Sie eine Kürzung beschliessen, was zu befürchten ist, dann verlangen wir wenigstens, dass Sie sich für Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen einsetzen, zum Beispiel bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder beim Vaterschaftsurlaub. Genau: Ein gutes und faires Unternehmen schaut zu seinem Personal. Es investiert in das Personal, denn ohne geht es gar nicht. Investieren Sie also in eine Lohnerhöhung.

Beim Sternen (*Gasthaus Sternen*) auf dem Sternenbergr, der leider abgebrannt ist, ist die Seele Sternensbergrs verloren gegangen. Dies war ein Unglück. Aber beim Personal würden Sie dieses Unglück produzieren. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau): Ich spreche auch gleich zum Minderheitsantrag Sieber.

Eine Leistungsüberprüfung, die es verdient, als solche bezeichnet zu werden, muss unter anderem auch konkrete und messbare Effizienzsteigerungen sowie entsprechende Einsparungsmöglichkeiten aufzeigen. Bisher, so der Eindruck, ist das nicht vertieft geschehen. Es geht nicht darum, die Qualität der Arbeit und die Leistung der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beurteilen. Das liegt uns fern. Die Abläufe im Arbeitsprozess jedoch sollen optimiert und der Sinn respektive die Notwendigkeit der Aufgaben hinterfragt werden. Dies liegt jedoch in der Kompetenz des Regierungsrates. Der Kantonsrat kann nur über das Budget Einfluss nehmen und dabei Möglichkeiten aufzeigen sowie auf Probleme hinweisen. In diesem Fall beantragt die Mehrheit der FIKO eine Kürzung der Lohnsumme, um möglichst einen Wachstumsstopp – wenn schon keinen Abbau beim Stellenplan – zu erreichen. Die entsprechenden Massnahmen müssen, wie gesagt, vom Regierungsrat beschlossen werden.

Der Minderheitsantrag Sieber stellt sich diesem Ziel diametral entgegen. Eine Reallohnerhöhung von insgesamt 50 Millionen Franken zum jetzigen Zeitpunkt würde jegliche Motivation, Einsparungen auch im Stellenplan vorzunehmen, zunichtemachen. Die angeführte Reallohnerhöhung soll die jeweilige Teuerung ausgleichen. Im Moment haben wir aber eine negative Teuerung. Eine entsprechende Lohnanpassung nach unten ist nicht vorgesehen und wurde auch bisher nicht praktiziert. Das sollte nicht einfach vergessen werden.

Natürlich ist eine Erhöhung des Beitragssatzes der BVK für den Mitarbeitenden direkt spürbar, da er verpflichtet wird, seinen Anteil an

den Spareinlagen zu erhöhen. Die Mitarbeitenden des Kantons verlieren durch diese Anpassung ein Privileg, das die meisten KMU-Mitarbeitenden nie hatten. Das allein ist jedoch kein Grund, diese Anpassung vorzunehmen. Es geht um den Finanzhaushalt unseres Kantons und in dessen Interesse müssen wir entscheiden.

Es ist nicht das Ziel dieser Änderung, den höheren Beitrag der Mitarbeitenden mit einer Lohnerhöhung auszugleichen. So würde der Spareffekt aufgefressen und ins Gegenteil gekehrt. Die SVP vertritt die Meinung, dass eine Kürzung der gesamten Lohnsumme in der jetzigen Situation umsetzbar sein muss. Wir unterstützen daher den Antrag der FIKO und lehnen den Minderheitsantrag ab.

Peter Vollenweider (FDP, Stäfa): Die FDP unterstützt den Antrag, die Lohnsumme um 0,4 Prozent zu kürzen. Wie bereits in der Eintretensdebatte dargelegt, verfolgt der Kürzungsantrag das Ziel, den Stellenausbau zu stoppen und weiterhin konkurrenzfähige Löhne zu bezahlen.

Zur Erinnerung: Zwischen 2014 und 2017 stieg der Personalbestand um 1900 Stellen. Wir haben letzte Woche bereits darauf hingewiesen, dass in der Leistungsüberprüfung weitgehend Massnahmen fehlen, die auf prozessorientierte Veränderungen in der Verwaltung zielen. Auf die von der FIKO gestellte Frage, ob Resultate von kürzlich durchgeführten Prozesskostenanalysen in das Budget oder den KEF eingeflossen sind, hat nur eine Direktion eine entsprechende Massnahme genannt. Das Fehlen solcher Massnahmen ist eine verpasste Chance, könnten sie doch Auswirkungen auf die geplante Stellenbesetzung haben. Schliesslich plant der Regierungsrat auch in der aktuellen KEF-Periode ein Wachstum des Stellenbestandes.

Den Staatsbetrieb gilt es nicht nur zu verwalten, sondern auch zu gestalten. Gemessen am für 2015 festgestellten Rotationsgewinn von 0,8 Prozent der Lohnsumme führt dieser Antrag der FIKO zu keiner anderweitigen Kürzung im Haushalt. Der Regierungsrat ist einzig gefordert, bei einem allfälligen Ausbau und der Wiederbesetzung von Stellen verstärkt Prioritäten zu setzen.

Die individuellen Lohnverhältnisse werden durch den Kürzungsantrag nicht tangiert, da sich die Senkung der Lohnsumme und die individuellen Lohnerhöhungen aus dem Rotationsgewinn finanzieren lassen.

Die Präsidentin (*Beatrix Frey*) hat es gesagt: Bei durchschnittlichen Lohnkosten von 90'000 Franken entspricht die Kürzung von 7,5 Millionen Franken, weniger als 100 Stellen. Bekanntlich hat der Regierungsrat für 2017 eine Zunahme von 114 Stellen geplant.

Mit Unverständnis nehmen wir den Antrag auf Erhöhung der Lohnsumme um 50 Millionen Franken zur Kenntnis. Aus diesem Antrag muss wohl geschlossen werden, dass für Ihre Ratsseite die Vorgabe der Ausgabenbremse nach CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*) nicht existiert. Schliesslich liegen von Ihrer Seite auch keine Anträge vor, welche die geforderte Erhöhung der Lohnsumme kompensieren würden, damit negative Auswirkungen auf die Einhaltung des mittelfristigen Ausgleichs vermieden werden könnten. Dieser Budgetantrag liegt so quer in der Landschaft, dass er das zu erreichende Ziel der Lül6 vollends aus dem Blickwinkel verschwinden lässt.

Für die FDP ist es vertretbar, zur Erreichung des mittelfristigen Ausgleichs das Wachstum der Lohnsumme stärker als vom Regierungsrat vorgesehen, zu reduzieren. Dem Wachstum soll Einhalt geboten werden und mit den personellen Ressourcen haushälterisch umgegangen werden. Wir stimmen dem Antrag der FIKO auf Kürzung der Lohnsumme um 7,5 Millionen Franken zu.

Benno Scherrer Moser (GLP, Uster): Wir Grünliberalen tragen die Lohnmassnahmen mit. Ein Signal, ein Dankeschön darf nicht Dutzende von Millionen kosten. Der Kanton ist ein attraktiver Arbeitgeber, er hat gute Bedingungen, stützt die Angestellten in schwierigen Zeiten, niemand wird entlassen, niemand bekommt weniger Lohn. Die Sparanlagen kommen den Angestellten selber zugute. Spielraum für Massnahmen bleibt auch mit diesen Anträgen der FIKO und der Regierung. Wir können es uns schlicht nicht leisten, im Lohnbereich immer mehr auszugeben.

Dass die Regierung dem Personal mehr geben will, verstehen wir. Sie steht der Verwaltung vor und darf deren Interessen vertreten, ja, soll deren Interessen vertreten. Wir sehen uns aber als Volksvertreter und nicht als Angestelltenvertreter, auch wenn wir einige kantonale oder kommunale Angestellte in unserer Fraktion haben. Kurz: Wir unterstützen den Antrag der FIKO und lehnen selbstredend den Antrag Sieber ab. Danke.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): In der Leistungsgruppe 4950 budgetiert der Regierungsrat als Lül6-Massnahme bereits eine zentral eingestellte Lohnsummenreduktion von 0,2 Prozent, also 7,5 Millionen Franken. Die Teuerung wird mit minus 0,2 Prozent angegeben. In diesem Teuerungsindex sind aber die Krankenkassenprämien nicht enthalten, weshalb er die tatsächliche Entwicklung der Lebenskosten nicht korrekt darstellt.

Rotationsgewinne, so wie Sie sie verstehen, entstehen offenbar dadurch, dass Abgänge durch günstigeres, in der Regel junges Personal ersetzt werden und man bei den individuellen Lohnerhöhungen auf keinen Fall Schritt hält. Der Effekt ist in der Summe also der, dass das kantonale Personal insgesamt bei der Lohnentwicklung zurückfällt. Mit dem Arbeitnehmeranteil an der BVK-Sanierung resultiert eine deutliche Lohnsenkung.

Nicht wenige Anträge in dieser Budgetdebatte wurden damit begründet, dass das Personal sehr gut ausgebildet sei und deshalb auf Dienstleistungen Dritter verzichtet werden könne. Es wurden Effizienzgewinne eingefordert, zum Beispiel mit organisatorischen Massnahmen. Ich denke, in der Schule ist es klar, mit organisatorischen Massnahmen kann man wieder auf Klassengrössen von 50 gehen, das geht ja problemlos.

Aber kaum läuft etwas schief – da ist der Betrugsfall im Hochbauamt ein schönes Beispiel –, dann kommen aber sofort wieder Forderungen nach erweiterten Kontrollmechanismen. Und wir können es machen wie die deutschen Ladeketten, die saumässige Löhne zahlen und dafür sehr viel Geld in die Personalüberwachung stecken, damit das unmotivierte Personal nicht klaut. Das ist auch eine Strategie. Ich denke nicht, dass das die Strategie sein sollte, die wir verfolgen sollten.

Wir haben in der Vergangenheit immer wieder gehört, dass die Personalrekrutierung des Kantons punktuell Mühe hat, Fachleute einzustellen, weil sie einfach lohmässig nicht konkurrenzfähig sei. Wir hören ein Wehklagen, das Ü50 (*Arbeitslose über 50 Jahre*) Mühe haben auf der Stellensuche und Sie frönen dem Jugendwahn.

Die Entwicklung ist schleichend. Aus guten Gründen hat die Regierung in der Personalverordnung als Vergleichswert den UBS-Lohnindex genommen. Ich zitiere: «Für 2017 erwartet die UBS (*Schweizer Grossbank*) in der Schweiz einen durchschnittlichen nominalen Lohnanstieg von 0,6 Prozent. Die anhaltenden wirtschaftlichen und geopolitischen Herausforderungen machen den Unternehmen weiter zu schaffen und dämpfen die Lohnentwicklung. Gepaart mit der 2017 prognostizierten Jahreststeuerung von 0,4 Prozent dürften die durchschnittlichen Reallöhne praktisch stagnieren, nachdem sie in den letzten acht Jahren im Durchschnitt um 1,2 Prozent jährlich gestiegen waren.» Sie haben es gehört, wir hatten keine Realloohnerhöhung in den vergangenen Jahren, und wir hatten eine Reallohnsenkung.

Wir hören, dass es dann ab 2020 wieder aufwärts gehen soll und dass dann das Personal wieder an der gesamtschweizerischen Lohnentwicklung partizipieren könne. Der Antrag der Bürgerlichen will nun

eine zentrale Lohnreduktion von 0,4 Prozent einstellen, statt 0,2 Prozent, finanziert aus den Rotationsgewinnen. Der Finanzdirektor hat in der FIKO mit Zahlen, mit Fakten sehr klar aufgezeigt, dass dann weder Stufenanstiege noch individuelle Lohnerhöhungen möglich wären. Das zu den Fakten. Ich glaube dem Finanzdirektor mehr als der Präsidentin der Finanzkommission, die offensichtlich selber etwas gerechnet hat.

Es ist den Grünen schon bewusst, dass der Antrag für eine Lohnerhöhung pro memoria gestellt wurde. Indem er sich aber an den UBS-Lohnindex anlehnt, zeigt er aber auch, was im Vergleich zur Lohnentwicklung im öffentlichen Sektor eigentlich Sache wäre.

Der Antrag der Bürgerlichen will hingegen indirekt den Stufenanstieg und die individuellen Lohnerhöhungen abschaffen. Wenn Sie gutes Personal bei der Stange halten wollen, dann ist das nicht mit einem feuchten Händedruck zu haben, Benno Scherrer. Da braucht es schon etwas mehr.

Yvonne Bürgin (CVP, Rüti): In der Eintretensdebatte haben wir schon einiges an Wehklagen gehört über diesen Antrag, der die Lohnsumme um weitere 0,2 Prozent senken will. Ja, das ist unpopulär. Wenn Sie sich aber die unbequeme Wahrheit anhören, werden sie am Ende meines Votums verstehen, warum die CVP Fraktion diesen Antrag für verkraftbar hält und den Antrag Sieber ablehnt.

Die Arbeitslosenquote ist seit längerem stabil. Den neusten Medienberichten zu Folge wird jedoch für das Jahr 2017 in vielen Branchen ein Stellenabbau prognostiziert. Im Bankensektor zum Beispiel ist allein schon bei der Credit Suisse mit 1000 betroffenen Angestellten zu rechnen. Im Gegensatz dazu sind die Prognosen der UBS-Lohnumfrage ja schön und recht, dass die Löhne durchschnittlich um 0,6 Prozent steigen werden. Höhere Löhne zahlen kann ein Arbeitgeber aber nur, wenn genügend Geld in der Kasse ist. Wenn das Geld knapp ist, muss sich ein Arbeitgeber gut überlegen, welches der bessere Entscheid ist: Lohnerhöhungen auszahlen und dabei Stellen gefährden oder eben die Löhne stabil halten, um damit die Arbeitsplätze abzusichern. Das sollte auch für die öffentliche Verwaltung gelten, denn schlussendlich sind es die Steuerzahler, welche diese Lohnkasse füllen.

Interessanterweise hat übrigens nicht immer der Lohn oberste Priorität bei den Schweizer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, wie eine Studie zeigt. Die Attraktivität einer Anstellung, die Nähe zum Arbeitsplatz und vor allem die Jobsicherheit sind genauso wichtig. Ich

denke, dass hier der Kanton in allen Faktoren ausgezeichnet da steht und ein attraktiver Arbeitgeber bleibt, auch wenn dieser Antrag eine Mehrheit findet.

Wir verlangen ja keine Lohnkürzung des einzelnen Arbeitnehmers. Wir verringern nur die gesamte Lohnsumme. Trotz allem wird für individuelle Lohnerhöhungen aus dem Rotationsgewinn noch 0,2 Prozent vorhanden sein. Das ist nicht viel, das gebe ich zu. Man darf aber folgende Punkte nicht ausser Acht lassen: Erstens sind die Reallöhne in den letzten 4 Jahren um rund 2 Prozent gestiegen, weil jeweils eine Minussteuerung gemessen wurde. Zweitens erachten wir eine Senkung der Lohnsumme als durchaus fairer, als wenn wir willkürlich einzelne Stelle streichen, wie es jeweils in der Budgetdebatte geschieht. Stellen die bereits geschaffen sind notabene. Die CVP hat dieses Jahr möglichst darauf verzichtet, solche einzelnen Stellenkürzungen zu unterstützen.

Durchaus zielführender ist es, wenn wir die Kompetenz in der jeweiligen Verwaltung belassen. Mit der vorgegebenen, leicht gekürzten Lohnsumme können die Direktionen selber entscheiden, ob sie einzelne Stellen nicht neu besetzen, interne Verschiebungen vornehmen oder vermehrt Teilzeit-Jobs anbieten – Möglichkeiten gibt es viele. Und denken Sie nicht, ich weiss nicht wovon ich spreche. Ich hatte selber einige Jahre eine Führungsposition inne und musste solche Entscheide treffen.

Das Personalwachstum muss im Auge behalten werden. Das ist das Hauptziel, welches dieser Antrag der FIKO verfolgt. Die CVP wird der Verbesserung von 7,5 Millionen Franken zustimmen. Und so lange der Kanton über Weihnachten/Neujahr den Angestellten noch zwei Arbeitstage schenken kann, wie einem Email von letzter Woche zu entnehmen war, so lange kann ich wenig Verständnis aufbringen für das Wehklagen auf der linken Seite.

Walter Meier (EVP, Uster): Der Regierungsrat plant eine Lohnsenkung um 0,2 Prozent. Für individuelle Lohnerhöhungen sind 0,4 Prozent vorgesehen. Da im 2015 ein Rotationsgewinn von 0,8 Prozent verblieb und der Regierungsrat davon ausgeht, dass dies auch im 2017 der Fall sein wird, dürften diese Massnahmen ohne Probleme umgesetzt werden können, das heisst, man muss niemandem den Lohn kürzen.

Die FIKO will nun den vermuteten Rotationsgewinn ganz ausschöpfen und die Lohnsumme um weitere 0,2 Prozent respektive um 7,5 Millionen kürzen. Begründet werden die weiteren Kürzungen damit,

dass bei einer generellen Leistungsüberprüfung auch Stellen, die nicht mehr gebraucht werden, abgeschafft werden sollen.

Dazu unsere Stellungnahme: Entweder kürzt man die Lohnsumme um 0,2 Prozent oder man streicht Stellen im Umfang von 7,5 Millionen. Wir erleben die Regierungsräte so, dass sie so kostenbewusst sind, dass Stellen, die es im Moment nicht braucht, auch nicht besetzt werden. Das ist für uns normal und entspricht dem gesunden Menschenverstand. Und was so oder so gemacht wird, müssen wir hier nicht beschliessen und so unser Misstrauen dem Regierungsrat gegenüber ausdrücken. Das Signal, das wir mit einer weiteren Kürzung der Lohnsumme abgeben, heisst doch: Die kantonalen Angestellten verdienen zu gut und leisten zu wenig. In dieses Lied stimmt die EVP nicht ein und lehnt den Kürzungsantrag der FIKO ab.

Im Gegenteil sind wir der Meinung, dass den kantonalen Mitarbeitenden mehr Wertschätzung entgegengebracht werden soll. In diesem Sinne stimmen wir dem Antrag Sieber zu.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Die Präsidentin der Finanzkommission hat gesagt, wir hätten immer die gleichen, stereotypen Argumente auf unserer Seite. Stereotyp waren bis anhin diese Lohndebatten im Rahmen des Budgets, weil der Regierungsrat sich ja nie an Paragraph 16 der Personalverordnung gehalten hat. Dort steht drin, dass die Lohnentwicklung sich an jenen der bedeutenden Unternehmungen im Kanton Zürich orientieren müsse. Das hat der Kanton seit Jahren nicht mehr gemacht und hat weniger ausbezahlt. Das war stereotyp und dagegen haben wir uns immer gewehrt.

Der Regierungsrat hat auch mit diesem Antrag einer Kürzung von 0,2 Prozent sich nicht daran gehalten. Er spielt mit der Gutmütigkeit des Personals. Wir wissen, die Leute können auch einmal mit den Füßen abstimmen und wenn die Lohnentwicklung nicht mehr mithält mit den bedeutenden Wirtschaftsunternehmungen kann man auch den Arbeitsplatz wechseln. Und in diese Gefahr laufen wir.

Nun, diese Stereotypen der Regierung, die ja schon ungesetzlich sind, sind nun durch diesen Antrag der FIKO eindeutig durchbrochen worden, einerseits inhaltlich und wie auch hier durch die Präsidentin der FIKO vorgetragen wurde. Ich muss schon sagen, es war in einem sehr schnoddrigen Ton und teils verächtlich über das Personal vorgetragen. Sie haben sich lustig gemacht über Frühpensionierungen, über alle Stellen, die man da wegsparen könne. Das ist alles andere als ein präsidiales Votum, Frau Finanzkommissionspräsidentin. Als Finanzkommissionspräsidentin haben Sie die ganze Finanzkommission zu

repräsentieren und nicht nur die der Mehrheit. Was Sie da gemacht haben in Ihrem Votum, ist nichts anderes als Klassenkampf von oben.

Nun noch zu Ihren Argumenten: Ich muss schon sagen, die Rotationsgewinne sind ja immanent in jedem Betrieb, weil ältere Leute tendenziell ausscheiden und jüngere mit weniger Lohn kommen. Und wenn Sie sagen, aufgrund der Rotationsgewinne könne man die Lohnsumme senken, dann müsste man ja folgerichtig jedes Jahr die Lohnsumme senken, wenn man das zu Ende denken würde. Das geht dann eben nicht, weil wir uns so gegen Null hinbewegen würden. Als das Argument der Rotationsgewinne geht nicht.

Und dann zur Senkung der Lohnsummen: Wir leben immer noch in einem Kanton, der ein hohes Bevölkerungswachstum hat. Es gibt immer noch Zuwanderung und wir haben einen grossen Geburtenüberschuss. Viel mehr als früher, als wir keinen Geburtenüberschuss hatten. Wir haben viele Kinder, die in die Schule kommen. Viele Jugendliche machen eine Ausbildung, viel mehr als früher gehen an die Universität et cetera. All das kostet Geld. Und wenn Sie bei einem Bevölkerungswachstum die Lohnsumme senken, dann heisst das, dass es weniger Personal in diesem Kanton und damit viel mehr Arbeit für die Leute gibt. Also, das geht irgendwie nicht auf. Es hat mehr Leute, die Steuern zahlen und dann braucht es doch auch mehr Leute, die diese Einwohner und Einwohnerinnen unterstützen und betreuen und schauen, dass sie eben eine Ausbildung machen können et cetera. Es gibt vielfältige Aufgaben. Alles andere ist doch nicht sehr logisch, was Sie uns hier predigen ist schlicht und einfach ein Abbau. Sie wollen schlicht abbauen. Sie finden einfach, das Personal verdiene zu viel oder es habe zu viel Personal et cetera.

Es ist doch nichts anderes als ein Misstrauensantrag ... (*Zwischenruf*). Ja, Sie können schon kommentieren, das finde ich gut. Es ist nichts anderes als ein Misstrauensantrag gegenüber dem Personal, was Sie hier machen. Es ist nicht sehr attraktiv, bei einem Arbeitgeber zu arbeiten, der sagt, wir können alles kürzen, es braucht weniger Leute, obwohl die Arbeit zunimmt, wir können die Lohnsumme senken et cetera. Da machen wir nicht mit. Wir unterstützen selbstverständlich den Antrag von Frau Sieber, damit wir endlich Paragraf 16 der Personalverordnung ein bisschen Nachdruck verhelfen und uns so wieder ein bisschen an den gesetzlichen Rahmen halten. Wir lehnen diesen Antrag der FIKO, der in der Tat eine völlig neue Qualität hat, weil er das erste Mal über das hinausgeht, was der Regierungsrat schon vorgeschlagen hat und ein klarer Angriff auf das Personal ist, ab.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Ich habe letztes Jahr an dieser Stelle die durchschnittliche Lohnsumme der kantonalen Angestellten mit der durchschnittlichen Lohnsumme in der Privatwirtschaft verglichen. Dies mache ich dieses Jahr nicht und trotzdem kann ich auch dieses Jahr aufzeigen, dass der Kanton Zürich ein guter und ein attraktiver Arbeitgeber ist.

Wer beim Kanton angestellt ist, hat einen sicheren Job, und zwar ungeachtet der wirtschaftlichen Lage. Fragen Sie mal einen 55-jährigen Bankangestellten, der durch Restrukturierungen seinen Job verloren hat und nun fast chancenlos auf Stellensuche ist. Diese frustrierende Stellensuche mit der Absagebegründung der Überqualifikation bleibt den kantonalen Angestellten erspart. Die kantonalen Angestellten haben noch etliche weitere Zückerchen, die in der Privatwirtschaft undenkbar sind. Zum Beispiel erhalten sie ab dem zehnten Dienstjahr und danach alle fünf weiteren Jahre einen vierwöchigen Treueurlaub, das Dienstaltersgeschenk heisst. Zusätzlich bekommen die kantonalen Angestellten im zehnten Dienstaltersjahr einen 14. Monatslohn und im 25. und im 40. Dienstjahr einen 14. und einen halben 15. Monatslohn. Ich frage Sie, wo kriegt man das in der Privatwirtschaft? Ich denke, nirgends.

Nicht unerwähnt soll in diesem Zusammenhang bleiben, dass die massgebliche Jahresteuern 2016 nicht wie hier irreführenderweise gesagt worden ist, plus 0,4 Prozent, sondern minus 0,2 Prozent beträgt. Und nach Personalverordnung müsste ein Teuerungsausgleich kompensiert werden. Dies wäre dieses Jahr bei einer negativen Teuerung an und für sich eine Lohnkürzung. Nicht zu vergessen ist, dass der Kanton Zürich als Arbeitgeber nach wie vor 60 Prozent an die BVK-Beiträge bezahlt. Die kantonalen Angestellten bezahlen 40 Prozent. Sie alle wissen, dass auch hier in der Privatwirtschaft der Schlüssel 50/50 gilt. Auch das ist ein Privileg, das sehr grosszügig ist.

Die EDU gönnt den kantonalen Angestellten diese Privilegien, möchte aber mit Nachdruck betonen, der Kanton ist ein fairer und ein sehr guter Arbeitgeber. Bei dieser Ausgangslage ist es aus Sicht der EDU absolut vertretbar, dass wir bei den kantonalen Angestellten die Lohnsumme und nicht die Löhne um 0,4 Prozent senken und gleichzeitig nur 0,4 Prozent für individuelle Lohnerhöhungen einstellen.

Gerade diese Woche hat ein Angestellter einer Firma aus der Exportindustrie den Brief erhalten, dass es bei den Löhnen ebenfalls eine Nullrunde gebe. Meine Damen und Herren, es ist ein Fakt, wir sind in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld und aus dieser Perspekti-

ve ist der Antrag der FIKO ein vertretbarer und verantwortungsvoller Antrag, den die EDU unterstützt. Danke.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Als Präsident der vereinigten Personalverbände sind bei mir rund 20'000 Staatsangestellte zusammengeschlossen im Verband, und ich muss Ihnen sagen, wenn Sie das machen, was Sie jetzt vorhaben, dann ist das ein falsches Signal.

Die Einnahmen haben Sie in den letzten Jahren gekürzt, sei es über Handänderungssteuern, Grundgebühren oder die Spitalfinanzierung und so weiter. Da haben Sie gekürzt, haben das Geld knapp gemacht und jetzt tun Sie so, wie wenn wir am Verarmen sind.

Ich muss Ihnen aber auch sagen, das hat Ihnen der Finanzdirektor schon mehr als einmal gesagt, aber wahrscheinlich machen Sie so «Airolo – Göschenen» (*im Sinne von «zum einen Ohr rein, zum anderen wieder raus»*), dass wir in den letzten Jahren die Schulden stark abgebaut haben. Er hat Ihnen gesagt, dass es uns gut geht. Und Sie kommen nun und sagen, es gehe uns schlecht. Das ist eine Art, die nicht akzeptabel ist.

In der UBS-Lohnindexstudie, die als Grundlage gilt, haben wir einen Rückstand, netto haben wir einen Rückstand von über 2 Prozent, wenn man alles rechnet, was in den letzten Jahren war. Und Herr Egli, Sie können halt nicht einfach ein Jahr nehmen und sagen, da muss man kürzen. Da müsste Sie ja dann, wenn es steigt, auch sagen, wir müssen jetzt erhöhen. Das werden Sie aber nicht tun, weil Sie dann wieder sagen, in guten Zeiten muss man für schlechte Zeiten sparen. Ich kann Sie nicht ernst nehmen und wenn Sie statistische Zahlen bringen, dann machen Sie doch das richtig. Ich sage Ihnen ja auch nicht, was die Bauern durchschnittlich an Subventionen erhalten. Das ist auch ein rechter Betrag im Bundesbudget. Und wenn Sie die Dienstaltersgeschenke nehmen, dann muss ich auch sagen, das ist etwas, dass die Privatwirtschaft auch hat. Wir können das einmal zusammen anschauen, wo das alles geschieht, aber wenn Sie sagen, das sei nirgends erhältlich, dann muss ich Ihnen sagen, Sie verstehen halt nicht, wie das in der Privatwirtschaft funktioniert.

Und Herrn Scherrer will ich sagen, wenn Sie sagen, man kann nicht ein Dankeschön für Millionen machen, dann ist das schon so. Aber es gibt auch noch ein Dankeschön, das eigentlich gerechtfertigt ist. Und wenn wir die Rotationsgewinne nehmen, ist das ein Dankeschön, das auch da ist und finanziert wird. Sie können doch nicht einfach sagen, wir lassen das Staatspersonal einfach darben und machen nichts. Sie geben ein falsches Signal.

Und auch wenn Frau Bürgin die Medien zitiert, dann muss ich sagen, Sie müssen nicht nur die Medien zitieren, die negativ sind in dieser Frage, sondern Sie könnten auch die Medien zitieren, die sagen, dass wir in der Privatwirtschaft 0,6 Prozent mehr Lohn haben. Es ist nicht so, dass die Privatwirtschaft nirgends etwas hat. Und wenn die Einnahmen als Grund angegeben werden, dann muss ich sagen, Sie sind ja mitverantwortlich, dass die Einnahmen hier gekürzt wurden. Schauen Sie doch dafür, dass wir das nicht kürzen. Aber das auf dem Buckel der Schwächsten zu machen, ist eigentlich so nicht akzeptabel. (*Zwischenrufe.*) Ja, Sie können jetzt schon lachen. Wollen wir noch darüber diskutieren?

Es ist so, dass es ein falsches Signal ist, und wenn Sie kürzen wollen, dann machen Sie das so, wie es eigentlich Sinn machen würde und sagen, welche Leistungen Sie nicht wollen und welche Stellen Sie abbauen möchten. Aber solange wir die Gesetze haben und einen Leistungsauftrag zur Umsetzung dieser Aufgaben, solange können Sie doch nicht sagen, wir können jetzt überall einige Stellen nicht ersetzen. Ist es denn so, dass Sie der Meinung sind, das Staatspersonal arbeite nicht oder schlecht oder ist es vielleicht so, dass Sie als Gesetzgeber Aufträge erteilt haben, die Sie eben erledigt haben möchten? Wenn das so ist, dann müssen Sie auch die Konsequenzen tragen. Wenn wir mehr Personal haben und bei der Polizei den Sollbestand erhöhen, dann ist das eine Mehrleistung, die wir wünschen.

Wir können davon ausgehen, dass Sie ein falsches Signal setzen und darum werden wir dagegenhalten. Und wir werden mit Interesse bei den Arbeitnehmenden auch kommunizieren, wer hier wie stimmt. Danke.

Sabine Sieber Hirschi (SP, Bauma) spricht zum zweiten Mal: Ja, ich möchte schon noch meinen Mehrheits-FIKO-Gespänli eine Antwort geben: Liebe Elisabeth (*Pflugshaupt*), Negativsteuerung war dieses Jahr, aber nächstes Jahr ist 2017 und da haben wir die Prognose, die positiv ist. Wir müssen ja vorwärts schauen und nicht rückwärts.

Und Frau Bürgin, die Negativsteuerung vom Lohn abziehen zu wollen, wäre etwas anmassend, wenn man sich überlegt, wie viel unser Personal zur BVK-Sanierung beigetragen hat. Ebenfalls, diese zwei Tage Ferien über Weihnachten/Neujahr dem Personal um die Ohren zu hauen, das ja nur über vier Wochen Ferien verfügt und nicht wie es schon vielerorts in der Privatwirtschaft über fünf Wochen, das finde ich etwas wenig christlich, muss ich sagen.

Herr Vollenweider: Das CRG ist uns wichtig, wir respektieren es, aber es ist für uns nicht unbedingt heilig. Wenn Sie den mittelfristigen Ausgleich anschauen auf 34 Millionen und wenn Sie den Gewinn 2016 von 44 Millionen anschauen, dann sind wir schon auf 78 Millionen. Abzüglich unseren 50 Millionen bleiben immer noch 28 Millionen plus. Dann kommen all diese Sparmillionen dazu, die Sie in diesem Budget beschlossen haben. Wir sind komfortabel unterwegs mit dem mittelfristigen Ausgleich, auch wenn Sie unserem Antrag zustimmen würden.

Und viertens: Manchmal frage ich mich, wie fühlt sich unser Personal eigentlich in unseren Kommissionssitzungen, wenn wir so über die kantonalen Angestellten sprechen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Jürg Sulser (SVP, Otelfingen): Lieber Markus Bischoff, eigentlich schätze ich dich sehr, aber was du vorhin über unsere FIKO-Präsidentin gesagt hast, war für mich unterste Schublade. Sie hat lediglich die klare Meinung der FIKO-Mehrheit zum Ausdruck gebracht. Sie hat weder von hoch oben herab noch schnoddrig gesprochen. Und wenn ihr auf der linken Seite es nicht ertragen könnt, wenn die FIKO-Mehrheit halt anderer Meinung ist als du, dann bitte, halte dich zurück und akzeptier auch unsere Meinung der FIKO-Mehrheit. Danke.

Hanspeter Göldi (SP, Meilen): Lieber Hans Egli, als Personalvertreter muss ich doch noch ein Wort sagen. Du hast von den Dienstaltersgeschenken gesprochen: Es ist ganz einfach – du kannst es ins Internet eingeben –, was wir erhalten. Es war einmal schön, einmal hatten wir vier Wochen Ferien erhalten. Vor Jahren hat der Kantonsrat dies auf drei Wochen Ferien gekürzt. Sie können das nachlesen. Nach zehn, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45 und 50 Dienstjahren wird ein Dienstaltersgeschenk ausbezahlt. Dies ist nach zehn Jahren entweder in Freizeit oder in Lohn zu beziehen und es betrifft ein Achtzehntel des Jahresgehaltes. Nur bei 15 Dienstjahren ist es ein Zwölftel. Also ich bitte: Wenn schon mit Zahlen um sich geworfen wird, dann bitte mit den aktuellen Zahlen und nicht mit denen von irgendwann in den guten alten Zeiten. Danke.

Hans Egli (EDU, Steinmaur) spricht zum zweiten Mal: Nur kurz: Ich finde es sehr erstaunlich, dass Sabine Sieber weiss, wie die Teuerung sich 2017 entwickelt. Wir gehen hier von den Tatsachen aus und die Tatsache ist das Jahr 2016. Das ist der Referenzwert.

Und zu Peter Reinhard möchte ich sagen, die bürgerliche Seite sagt nicht, dass sie mit den Arbeitnehmern des Kantons nicht zufrieden ist. Sie schätzen diese kantonalen Angestellten. Das bedeutet aber nicht, dass man gewisse Leistungen nicht überprüfen darf oder überprüfen muss. Und wie du weisst, bin ich auch selbständig. Ich habe sieben Angestellte und ich weiss, was es bedeutet, Angestellte zu haben. Und von dem her, lasse ich mir nicht unterstellen, dass ich keine Ahnung habe, was Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zu sein, bedeutet.

Und dann zu Hanspeter Göldi: Ich habe mit einem kantonalen Angestellten gesprochen. Er hat mir das so eins zu eins gesagt. Das ist gültig. Das war letzte Woche. Das ist nicht irgendwelche Vergangenheit. Es war ein kantonal Angestellter.

Ich möchte ebenfalls mit Nachdruck betonen, dass Frau Beatrix Frey ihr Votum nicht schnoddrig und nicht von oben herab gehalten hat, sondern sehr sachlich. Danke vielmals.

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Lieber Jürg Sulser, liebe Beatrix Frey, was die Präsidentin der Finanzkommission am Anfang von sich gegeben hat, dass ist inakzeptabel. Ich kann das, was gesagt wurde, nur unterstreichen. Das war kein präsidiales Votum, das war eine parteiische Kampfansage ans Personal. Es ist gute Tradition in diesem Haus, dass Kommissionspräsidenten Mehr- und Minderheit vertreten. Daran haben Sie sich nicht gehalten. Sie haben nicht einmal die Mehrheit mit der nötigen Zurückhaltung vertreten. Es ist Ihnen unbenommen, diese Position zu vertreten, aber dann nehmen Sie bitte rechts aussen im Rat Platz und nicht am Kommissionspult.

15-1 Antrag Regierungsrat:

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Regierungsrat Ernst Stocker: Man spürt die Emotionen – wahrscheinlich aus Freude, dass das Budget bald fertig beraten ist.

Ich möchte doch noch einige Dinge zu diesem Antrag sagen. Ich habe es beim Eintreten gesagt: Meine Leitmaxime als Finanzdirektor ist, dass unsere staatlichen Aufgaben wirtschaftlich und effizient wahrgenommen werden. Und ich denke, das ist die Leitschnur.

Zum Signal, das die Finanzkommissionspräsidentin angesprochen hat, so habe ich das Signal schon verstanden. Aber die Frage ist ja, wie wird dieses Signal auch von der Presse interpretiert und wie nimmt es unser Personal wahr. Das ist die Frage, die sich mir stellt. Und das ist

eine entscheidende Frage, und sie ist auch wichtig. Denn Sie müssen wissen, hier oben (*auf der Zuschauertribüne*) sitzen auch zwei (*kantonale Angestellte*). Sie sind die einzigen. Sie müssen dort oben sitzen, sonst wären sie nicht hier. Sie schreiben alles auf, was hier passiert. Der auf der rechten Seite hat mir gestern gesagt, ist zum 17. Mal an einer Budgetdebatte und schreibt alles auf, dass es danach stimmt. Und ich denke, und das möchte ich festhalten, wir haben gute Leute, gute kantonale Angestellte. Da bin ich auch mit der Aussage von Herrn Egli einig, der Kanton ist nach wie vor ein guter Arbeitgeber, aber ich will auch, dass er ein guter Arbeitgeber bleibt.

Zum Antrag, den wir hier in der Leistungsgruppe 4950 beraten, die Lohnsumme um 7,5 Millionen Franken zu kürzen, möchte ich einfach nochmals festhalten: Der Regierungsrat hat den Rotstift beim Personal angesetzt, und zwar nicht nur für ein Jahr, sondern über drei Jahre. Er hat 0,2 Prozent der Lohnentwicklungssumme zurückgenommen und er hat 0,3 Prozent der individuellen Lohnzulage auch weggenommen. Das ergab ja die circa 70 Millionen, die in die Leistungsüberprüfung eingeflossen sind über diese KEF-Periode. Er hat auch aufgezeigt, dass er Perspektiven will und dass ab 2020 diese Entwicklung wieder 0,6 Prozent betragen soll.

Die ganze Diskussion dreht sich ja eigentlich um die Rotationsgewinne. Und ich muss sagen, diese 0,2 Prozent oder diese 7,5 Millionen sind eigentlich eine homöopathische Dosierungen, aber ich denke, es ist richtig, dass wir uns darüber unterhalten. Man muss einfach wissen, bei diesen Rotationsgewinnen, wie man es auch rechnet, im ganzen Lehrkörperbereich haben wir im Personalgesetz nach wie vor einen Stufenanstieg eingebaut. Und dieser frisst natürlich einen Teil der Rotationsgewinne. Beim übrigen Personal haben wir das ja nicht. Bei der Polizei gibt es noch eine gewisse Entwicklung, aber in den anderen Bereichen nicht.

Ich möchte einfach zuhänden dieses Rates festhalten: Der Regierungsrat wird an dieser 0,4 Prozent Lohnentwicklungsmassnahme, die wir nach der letztjährigen Diskussion erst im April, nach Beschluss dieses Budgets machen, festhalten. Und wenn die Rotationsgewinne nicht reichen, dann werden wir den Rest mit restriktivem Haushaltsvollzug in den Personalbudgets umsetzen.

Noch zu den Aussagen, die gemacht wurden. Da möchte ich doch noch etwas korrigieren und klarstellen. Ganz so einfach war es nicht, wie Sie glauben, beim Budget 2017 350 Millionen rauszunehmen. Da wurde einiges diskutiert und in Frage gestellt, meine Damen und Herren. Und ich habe es schon mal gesagt, das goldige «Vögeli» ist mir nicht einfach so zugeflogen. Wir haben intensive Diskussionen ge-

führt, und wir haben auch Aufträge an unser Personal verteilt, denn unsere Chefs und Chefinnen müssen diese umsetzen. Wir machen die Vorgaben. Glauben Sie denn, ich gehe in jede Abteilung und sage, hier braucht es noch 20 Prozent weniger? Meine Damen und Herren, das sind unsere Führungskräfte, die das umsetzen wollen und müssen.

Darum kann ich sagen, stehe ich auch dazu, dass ich als Finanzdirektor diesen Antrag in den Regierungsrat gebracht habe, dass wir auch dieses Jahr über die Festtage dem Personal wieder zwei Tage frei geben. Ich stehe dazu, weil ich überzeugt bin, und das ist auch eine weitere Maxime von mir, dass sich als Arbeitgeber Vertrauen und Grosszügigkeit auch im Kleinen lohnen. Dann bekommt man etwas zurück. Und ich bin überzeugt, mit gewissen Signalen und gewissen Vertrauensbeweisen an das Personal erhalte ich viel mehr zurück, als ich investiere. Darum stehe ich dazu.

Und bei den Gemeinden, die das nicht machen wollen, soll der Gemeindepräsident hinstehen und sagen, der Finanzdirektor macht es falsch, wir machen es anders. Ich stehe für das hin, und ich glaube auch, dass es richtig ist, wenn wir die Personalbudgets einhalten.

Und noch zum Personalzuwachs: Ich habe es schon manchmal gesagt, und ich sage es immer wieder. Ich habe gerade heute meinem Chef der Finanzverwaltung gesagt, der Schwerpunkt der Rechnung 2016 wird die Personalentwicklung sein und die Frage, wo der Personalzuwachs genau ist. Eines kann ich Ihnen jetzt schon verraten, wenn Sie glauben, Sie können in der Kernverwaltung die Zuwächse in der Sicherheit, beispielsweise bei der Flughafenpolizei, im Bildungswesen oder Gesundheit kompensieren, dann möchte ich Ihnen diese Illusion schon heute Abend nehmen.

Ich erlaube mir jetzt auch noch zu sagen – so frech bin ich ja –, wenn ich den Budgetprozess seit September zurückverfolge, dann hätte man das zwischen Verwaltung und Kommissionen auch noch etwas effizienter gestalten können. Sie müssen wissen, das hätte vielleicht auch noch einige Stellenprozente weniger gebraucht. Wir haben eine intensive Diskussion gehabt, zurück, vorwärts, zurück, vorwärts. Sie müssen wissen, dass jedes Schreiben, das bei uns raus geht, stimmen muss. Denn, wenn etwas nicht stimmt, dann ist es nicht gut. Und da wünsche ich mir, dass man die Zusammenarbeit mit dem Parlament effizienter gestalten kann.

Ich habe jetzt ja nicht mehr viel zu sagen, bevor die «Elefanten» (*Fraktionsvorsitzende*) zu röhren anfangen, aber ich möchte einfach noch festhalten, dass die Regierung im vergangenen Jahr aufgezeigt hat, wie wir den mittelfristigen Ausgleich erreichen. Das Budget 2017

ist ein wichtiger Eckwert dabei, und der Abschluss 2016 ist auch ein wichtiger Teil davon. Ich bin überzeugt, gemeinsam werden wir den Staatshaushalt dieses Kantons im Lot halten. Das ist jedenfalls meine klare Absicht. Ich will, dass der Kanton Zürich als wichtigster, grösster und stärkster Kanton dieses Landes heute, morgen und in Zukunft beim Personal, seinen Leistungen und allem, was er tut, finanziell die Flexibilität aufweist, die ihm auch ansteht. Ich bitte Sie, den Antrag des Regierungsrates zu unterstützen. Danke.

Ratspräsident Rolf Steiner: Wir kommen zur Abstimmung. Die Tür ist zu schliessen und die Anwesenden drücken bitte die Präsenztaste «P/W».

Es sind 173 Ratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr beträgt 87 Stimmen.

Abstimmung

Der Antrag 15 der FIKO, der Antrag 15-1 des Regierungsrates sowie der Minderheitsantrag 15a von Sabine Sieber werden einander gegenübergestellt. Auf den Antrag der FIKO entfallen 113 Stimmen, auf den Minderheitsantrag von Sabine Sieber entfallen 59 Stimmen und auf den Antrag des Regierungsrates entfallen 0 Stimmen. Damit das absolute Mehr erreicht und dem Antrag der FIKO zugestimmt.

Die Türe kann wieder geöffnet werden.

Ratspräsident Rolf Steiner: Wir haben also eine Endzahl: Unter Berücksichtigung aller von uns beschlossenen Änderungen ergeben sich für das Budget 2017 gesamthaft in der Erfolgsrechnung ein Ertragsüberschuss von 62'426'829 Franken und bei den Investitionsausgaben 1'010'732'600 Franken. Die Leistungsindikatoren mit Zielwerten stimmen mit dem Entwurf des Regierungsrates überein. Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung der Arbeitslosenkasse entsprechen dem Entwurf des Regierungsrates.

Minderheitsantrag Robert Brunner, Tobias Langenegger und Sabine Sieber:

Das Budget für das Rechnungsjahr 2017 wird abgelehnt.

Ratspräsident Rolf Steiner: Dann kommen wir zum Minderheitsantrag auf Ablehnung des Budgets. Das Wort zur Begründung hätte Robert Brunner. Er verzichtet. Wünscht jemand anders noch das Wort? Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur sogenannten Elefantenrunde. Das ist eine Runde der Fraktionsvorsitzenden, die dafür jeweils zehn Minuten Redezeit beanspruchen dürfen.

Jürg Trachsel (SVP, Richterswil): Ja, das Budget wird in Kürze unter Dach und Fach sein. Und es ist auch ein offenes Geheimnis, das haben wir in der vorhergehenden Diskussion gehört, es ist ein bürgerliches Budget zum Wohl unseres Kantons Zürich. Trotz einer Mammutaktion von sieben Sitzungen und pekuniär haben wir ja rund 280'000 Franken verbraten – da gebe ich Herrn Regierungsrat Stocker recht – haben wir eigentlich nicht mehr allzu viel zu Veränderungen im Budget beigetragen. Aber da muss ich eben sagen, wie es auch bei Budgetberatungen ist, das habe ich in meinen 20 Jahren Parlament schon lange gelernt, dass das Parlament nicht effizient sein muss. Sah der Antrag des Regierungsrates noch eine schwarze Null mit 17 Millionen Franken plus vor, steigerte sich die Finanzkommission auf doch immerhin 63 Millionen plus. Wir selber haben dann aber das FIKO-Budget wieder um 560'000 Franken verändert, und zwar verschlechtert. Das ist, wie ich am Anfang schon gesagt habe, wirklich keine Herkulesleistung. Wahre Budgethoheit für uns Parlamentarier sähe schon ein bisschen anders aus. Aber es ist halt die Realität.

Trotzdem, wir haben es mit einem positiven Budget 2017 zu tun und die SVP steht hinter diesem positiven Budget. Es trägt ja regierungs- und parlamentsseitig eine bürgerliche und über weite Teile eine SVP-Handschrift. Wir bedauern es natürlich – da mache ich aus meinem Herz auch keine Mördergrube –, dass die versprochene Einfrierung des Ausgabenplafonds auch dieses Jahr nicht erreicht werden konnte. Ich weiss, wir hören es ja auch zur Genüge, sogenannte externe Faktoren sind dafür verantwortlich, die man ja offenbar nie beeinflussen kann. Nebst dem Bedauern sind wir aber grundsätzlich auch einmal froh darüber, dass sich der bürgerlich dominierte Regierungsrat unter der Leitung von Finanzminister Ernst Stocker bereits zum wiederholten Mal zu einem positiven Budgetantrag zusammenraufen konnte. Das war ja in der Vergangenheit nicht immer der Fall.

Trotz diesem positivem Budget – oder angesichts der verantwortungslosen ablehnenden Haltung von Grünen, AL und SP –, trotz überhaupt einem Budget, die dunklen Gewitterwolken am Zürcher Finanzhim-

mel verdichten sich ja stetig und das weiss man auch, wenn man mit offenen Augen durch die Gegend geht.

Wir haben da mit der Lül6 eine Leistungsüberprüfung vor uns und sind schon mitten drin, welche oftmals weniger die Leistungen als solche überprüft, sondern peinlich darauf schaut, wer denn dem Kanton bei der Finanzierung dieser kaum überprüften Leistungen behilflich sein soll. Und da sehen wir, egal ob EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*), Gemeinden, Spitäler oder Gewerbetreibende, die Kostenverschiebung – keine Einsparung wohlgemerkt – wird sich nicht so leicht bewerkstelligen lassen.

Gerade bei Lül6 sehen wir schon jetzt exemplarisch, dass öffentliche Hand schon lange nicht mehr gleich öffentliche Hand ist, weil nämlich jeder und jede rücksichtslos für sein eigenes Gärtchen schaut. Wir haben aber nicht nur Lül6 am Finanzhorizont, wir haben auch eidgenössisch und kantonale grosse Gesetzesbrocken vor uns: Die Unternehmenssteuerreform III, kurz USR III genannt. Auch hier werden Kanton und Gemeinden getroffen, auch hier ist von Solidarität der einen öffentlichen Hand – und hier führe ich als Beispiel die beiden grossen Städte Zürich und Winterthur an, welche davon ausgehen, dass die Steuern von internationalen Konzernen irgendwie gottgegeben sind – zur anderen, eben der des Kantons Zürich, reichlich wenig zu spüren.

Dass angesichts der geschilderten Grosswetterlage, Sie liebe Grüne und SP, zumindest wenn Sie Ihren Worten in der Grundsatzdebatte zu Beginn dieser Budgetsession auch Taten folgen lassen, das Budget ablehnen, ein positives Budget ablehnen, dass man ein positives Budget ablehnt, ist für mich wirklich schleierhaft, spricht aber auch Bände. Schleierhaft vor allem deshalb, weil man ein positives Budget auch dann nicht ablehnen kann, auch wenn man in Sachen Personal oder öffentlicher Verkehr – also den Lieblingstummelplätzen von Rot-Grün – nur den Spatz in der Hand und nicht die Taube auf dem Dach geholt hat. Und wenn ich an die vorangegangene Debatte denke, so war sie wirklich ruhiger als auch schon. Und das ist ein klares Indiz dafür, dass der Kanton wirklich ein guter Arbeitgeber ist. Und Regierungsrat Stocker hat es ja auch betont, es sind homöopathische Dosierungen.

Wenn man aber angesichts solcher Tatsachen in Kauf nimmt, dass man auch ohne Budget dastehen könnte, dann ist das verantwortungslos. Denn, wenn wir gleich hantieren würden wie Sie, gleich verantwortungslos, dann hätten wir eben gar kein Budget. Und ohne Budget, das muss ich dir Esther Guyer und auch der AL und der SP sagen, hätten Sie bezüglich ihrer Lieblingsspielplätze nämlich den sprichwörtlichen Spatz schon lange nicht mehr in der Hand, Sie hätten ihn über-

fahren, oder weil die Grünen immer zu Fuss gehen, Sie hätten ihn halt zu Tode getrampelt.

Die SVP nimmt dagegen ihre Verantwortung wahr und sagt Ja zu einem positiven Budget 2017. Wir sagen Ja, obwohl auch wir bei vielen Anträgen nicht durchgedrungen sind, obwohl der Aufwand trotz allen unseren Bemühungen auch in der Zentralverwaltung – das muss man auch wieder einmal sagen – immer noch steigt. Mit anderen Worten: Auch wir haben lediglich den Spatz in der Hand und keinesfalls die Taube auf dem Dach. Aber was wir nicht haben und was uns von euch unterscheidet, wir haben eben keinen kleinkarierten Röhrenblick. Wollten wir zum Beispiel durch Kompensationsmassnahmen Kürzungen auffangen, so tönte es von Links-Grün und AL unsisono etwa so – ich zitiere kurz Thomas Marthaler oder Andreas Daurù: «Kleinlich», «sinnlos», «überflüssig», «dieses Parlamentes nicht würdig» oder es handle sich um eine «montägliche Strafaktion». Solch hilflose Argumentationen offenbaren klar die Einstellung von Rot-Grün, die da eben immer noch lautet: «Von der Wiege bis zur Bahre ist der Staat das einzig Wahre.» Wir von der SVP sehen dies dezidiert anders und sagen: Bremst den Staat, er ist und wird zu teuer.

Nicht zuletzt auf getätigte Beratungen in der Prävention, wo man nach den Voten von Kollege Schmid (*Lorenz Schmid*) und Regierungsrat Heiniger (*Thomas Heiniger*) wirklich meinen könnte, die Welt bräche zusammen bei der gemachten Kürzung, wie wenn der Staat Zürich für die Gesundheit seiner Einwohner zuständig und verantwortlich wäre, meine ich gestützt auf Paracelsus (*deutscher Arzt und Alchemist*) – ich komme ja schliesslich aus Richterswil und dort hat es ein Paracelsus-Spital – und komme damit zum Schluss: «Die Dosis macht das Gift.»

Wir haben leider nur den Spatz in der Hand – wie auch Sie. Aber wir haben eben nicht den Röhrenblick. Der Staat wird leider immer noch teurer, doch die Dosen sind homöopathischer geworden und dank dem bürgerlichen Regierungsrat haben wir auch einen positiven Gesamtsaldo. Wir sagen Ja zu diesem Budget. Die wahre Nagelprobe kommt ja dann erst im nächsten Jahr. Dann ist wieder eine Steuerfussdebatte und nicht nur eine Budgetdebatte, und wir können jetzt schon sagen, einem Budget 2018 mit Steuererhöhung werden wir sicher nie zustimmen. Aber diesem Budget, dem positiven Budget 2017 stimmen wir zu. Tun Sie von Links-Grün es ebenso. Danke.

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Weshalb die Elefantenrunde so heisst, ist umstritten. Was wir aber sicher wissen, lieber Ernst Stocker, ist, Elefanten trompeten, Hirsche röhren.

Die Elefantenrunde heisst vielleicht so, weil sich an ihr die Schwergewichte des Rats beteiligen, wobei schwergewichtig natürlich nur politisch gemeint ist. Die Elefantenrunde könnte auch so heissen, weil sich die Fraktionschefs am Ende einer langatmigen Budgetdebatte wie Elefanten im Porzellanladen noch einmal austoben können oder, eine dritte Definition, sie heisst so, weil die Präsidenten der Fraktionen ein Elefantengedächtnis haben und sich am Ende der Debatte noch einmal an alles Wesentliche erinnern. Ich halte mich mal an die letzte Definition.

Ich habe während der Debatte sorgfältig Buch geführt: Rund 45 Millionen Kürzungen haben wir netto beschlossen. Gegenüber dem Regierungsrat haben wir das Budget um 2,9 Promille sogenannt verbessert. Pro Stunde Budgetdebatte haben wir sage und schreibe knapp 2,5 Millionen gespart. Meine Fraktion war 25 Mal bei den Siegern, 32 Mal bei den Verlierern. Damit sieht unsere Bilanz quantitativ viel besser aus als in vielen Vorjahren. Aber natürlich genügt diese rein quantitative Betrachtung bei Weitem nicht, sie hält einer differenzierten Analyse nicht stand. Zufrieden sind wir nämlich mit dem vorliegenden Budget ganz und gar nicht. Es ist kein positives Budget.

Die bürgerliche Mehrheit hat sich – um das treffende Bild der Justizdirektorin (*Regierungsrätin Jacqueline Fehr*) hier noch einmal in Erinnerung zu rufen – wie Trüffelschweine durch das Budget gewühlt auf der Suche nach immer neuen Kürzungsleckerbissen. Dabei hat sie nach Art, nein nicht von Trüffelschweinen, sondern von kommunen Wildschweinen gehandelt, die mit gierigen Rüsseln für ein paar Engerlinge, Würmer und Schnecken beträchtlichen Schaden anrichten in Flur und Feld.

Offensichtlich hat es vielen sogar Spass gemacht. Aussagen wie «Sparen muss sein» oder, sicher der freudsche Höhepunkt der Debatte, Peter Vollenweiders symptomatischer Versprecher, er hat nämlich statt von Sparmassnahmen von «Spassmassnahmen» gesprochen, bleiben in Erinnerung. Das ist typisch für die ganze Debatte. Es war keinerlei Bedauern zu vernehmen über die teilweise massiven Einschnitte, Kürzungen und Streichungen. Vielmehr war fast schon ein bisschen sadistische Genugtuung dabei, endlich einmal so richtig mit dem Metzgermesser dreinfahren, abbauen, kürzen, streichen zu dürfen.

Ich zähle in der Folge nur die aus unserer Sicht wichtigsten Belege für unsinnige und unnötige Grausamkeiten auf, von denen Zehntausende in unserm Kanton betroffen sein werden.

Beleg 1, der geplünderte Verkehrsfonds: Schon der Antrag des Regierungsrats, dem Verkehrsfonds in den nächsten drei Jahren je 20 Millionen weniger zuzuweisen, war grenzgängig. Dass dieser Rat noch

weit darüber hinaus ging und jährlich 50 Millionen bei den Investitionen in den öffentlichen Verkehr kürzen will, ist ein nicht zu verantwortender Kahlschlag. Diese 150 Millionen werden schmerzlich fehlen, wenn es um die Realisierung der grossen Vorhaben geht, welche dieser Rat selber beschlossen und das Volk mit grossen Mehrheiten abgesegnet hat. Auch so, liebe SVP, kann man den Volkswillen mit Füßen treten. Wir verstehen die Wut der Volkswirtschaftsdirektorin (*Regierungsrätin Carmen Walker Späh*) über ihre eigene Partei nur zu gut und bieten ihr in unserer Fraktion gerne vorläufige Aufnahme an, bis die Freisinnigen wieder zur Vernunft gekommen sind.

Beleg 2, die Lohnkürzungen für das kantonale Personal: Die Senkung der Lohnsumme um 0,4 Prozent statt um 0,2 Prozent, wie der Regierungsrat vorgesehen hatte, bringt zwar nur Einsparungen von 7,5 Millionen pro Jahr, sie wird dem Personal aber zusammen mit den höheren BVK-Prämien und den rasant steigenden Krankenkassenprämien echt weh tun. In der Gesamtwirtschaft wachsen die Löhne 2017 im Schnitt um 0,6 Prozent. Die Menschen, die für diesen Kanton arbeiten, bleiben einmal mehr die ungeliebten Stiefkinder des Kantonsrats. Ihre guten Leistungen, ihre Zuverlässigkeit, ihre Loyalität wird wieder nicht belohnt. Das frustriert, das demotiviert. Der Kanton ist kein verlässlicher Arbeitgeber mehr. Er hält sich nicht an seine Versprechungen und verstösst gegen Treu und Glauben. Verantwortlich dafür sind Sie auf der rechten Ratsseite, nicht die Regierung. Eine funktionierende, effiziente Verwaltung, leistungsfähige Spitäler, Schulen, Hochschulen sind ein eminent wichtiger Standortfaktor. Sie sägen ohne Not am Ast, auf dem wir sitzen.

Der Finanzdirektor hat es anders als die bürgerliche Ratsseite auf den Punkt gebracht. Genützt hat es erwartungsgemäss nichts. Wir sind überzeugt: Irgendwann werden sich die 32'000 Angestellten des Kantons nicht mehr mit schönen Worten vertrösten lassen.

Diese Verschärfungen sind unnötig, weil der Haushaltsausgleich auch ohne diese zusätzlichen Kürzungen mehr als erreicht wird. Tobias Langenegger hat es Ihnen zu Beginn der Budgetdebatte vorgerechnet. Mit dem Wegfall des Jahres 2013 aus dem Haushaltsausgleich verbessert sich dieser um 291 Millionen. Bereits mit dem nächsten KEF wird ein deutlicher Überschuss ausgewiesen, bereits ein Jahr später werden wir uns einem Plus von 1 Milliarde annähern. Der Kanton wird sein Triple-A-Rating selbstverständlich konsolidieren. Weshalb also diese unsinnigen und grausamen Sparübungen?

Ich sehe nur drei mögliche Erklärungen. Erstens, die rechte Ratsseite kürzt mit Lust, weil es in Ihrer parteipolitischen DNA so eingeschrie-

ben ist oder es handelt sich um ein Sparen auf Vorrat, um die drohenden Milliarden-Einbussen durch das neue Mogel- und Steuerumgehungspaket USR III schon heute zu kompensieren oder es sollen schon heute die Weichen für nächste Steuersenkungen zugunsten Ihrer Klientel gestellt werden.

Damit wir uns recht verstehen: Auch die SP hat nichts gegen eine kritische Analyse der Budgetzahlen der Regierung. Völlig zu Recht wurden eine ganze Reihe von Leistungsgruppen, die in den letzten Jahren ihre Budgetmittel nie ausschöpften, nach unten korrigiert. Wir hätten auch Hand geboten zu weiteren Einschnitten unter dem Titel «realistisch budgetieren», wenn damit die wirklich schmerzhaften Kürzungen in den eben genannten Bereichen hätten verhindert oder vermindert werden können.

Die Mehrheit im Rat hatte daran aber keinerlei Interesse. Offenbar geht es eben nur vordergründig um Budget- und Haushaltsausgleich, tatsächlich aber missbrauchen SVP, FDP und ihre Mitte-Mitläufer die Finanzpolitik, um Sozialabbau zu betreiben und das Personal zu drangsaliieren.

Noch ein Wort zu den Investitionen: Unverdientermassen war das Thema Investitionen kaum eines in dieser Budgetdebatte. Jahrhunderttiefe Zinsen, eine Wirtschaft, die ins Stottern gerät und ein rekordverdächtiger Investitionsstau, der Jahr für Jahr wächst, ökonomisch vernünftig wäre in dieser Situation nichts mehr und nichts weniger als eine eigentliche Investitionsoffensive. So wie wir dies nun schon seit Jahren fordern, so wie es das neue, gestraffte Immobilienmanagement vorsieht. Was aber tut die Regierung? Sie legt uns ein bescheidenes Investitionsbudget vor und kürzt es in der Leistungsgruppe 4950 gleich noch pauschal um 24 Prozent. Das ist eine Bankrotterklärung und keine vorausschauende Politik.

Wir haben – ich habe es gesagt – in dieser Budgetdebatte 32 Mal verloren. Diesen Niederlagen fügen wir in der Schlussabstimmung bewusst eine weitere hinzu. Drei Abbaubeschlüsse sind dafür ausschlaggebend: Die Reduktion des Verkehrsfonds, das Personal, das ausgeblutet wird, und die Prämienverbilligung, welcher wir 15,4 Millionen entziehen.

Wir werden dieses Budget in der Schlussabstimmung ablehnen.

Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon): Das Budget 2017 ist durchberaten, das obligate, immer etwas pathetisch vorgetragene «das ist nicht unser Budget» der Ratslinken ist deponiert. Nun denn, in der Tat: Es ist nicht Ihr Budget, aber durchaus unseres. Die FDP ist zufrieden mit dem Ergebnis der Detailberatung. Der Rat hat bis auf zwei

Anträge jedes Mal in unserem Sinne entschieden. Und auch sonst war es in unseren Augen keine schlechte Budgetdebatte, die teils sogar lustig war, zum Beispiel, als Jürg Sulser das FDP-Wahlkampfmotto «Leistung muss sich lohnen» mit Inbrunst für die SVP beanspruchte oder als der jahrelange EVP-Mitarbeiter Peter Reinhard Unternehmer Andreas Geistlich das Funktionieren der Wirtschaft erklären wollte.

Es ist nun einmal eine Tatsache, dass wir im Kanton ein strukturelles Defizit haben. In den letzten Jahren ist der Aufwand im Durchschnitt doppelt so stark gewachsen wie der Ertrag – man kann das nicht oft genug wiederholen. Auch dieses Jahr versuchten wir bloss, die jährliche Aufwandsteigerung etwas geringer ausfallen zu lassen. Nicht mehr und nicht weniger. Und es gibt einen Silberstreifen am Horizont. Lag in den zurückliegenden Jahren das Wachstum der Ausgaben noch bei rund 3,5 Prozent pro Jahr, beträgt es nun für die neueste KEF-Periode weniger als 1 Prozent. Bei einem Bevölkerungswachstum im Kanton von 1,3 Prozent pro Jahr ist dies eine klare Verbesserung.

Und trotzdem: Es könnte immer noch besser sein. Das gilt auch für das detailbereinigte Budget. Wir haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir mit der Leistungsüberprüfung 2016 nicht vollends glücklich sind. Seit Jahren, so zum Beispiel auch in diesem Votum vor einem Jahr, verlangt die FDP, dass die vom Staat zu erbringenden Leistungen und Aufgaben zu überprüfen sind. Und eben nicht nur zu überprüfen, sondern zu unterscheiden zwischen «need to do» und «nice to do», wie wir es bereits in der Eintretensdebatte gesagt haben. Dies erfüllt Lül6 nur teilweise. Es ist ein Faktum, dass die im KEF ausgewiesene Saldoverbesserung teilweise auf fiskalische Mehreinnahmen oder Lastenverschiebungen beruht. Unseres Erachtens widerspricht dies den Bestimmungen des CRG, denn dort heisst es: «Ist der mittelfristige Ausgleich gefährdet, beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat Massnahmen zur dauerhaften Senkung der Ausgaben.» Von Einnahmen steht nichts.

Immerhin: Das diesjährige Budget der Regierung war akzeptabel, der Erfolgssaldo ist um 1,5 Milliarden verbessert worden, das Eigenkapital steigt von 8,5 auf 9,5 Milliarden und die Verschuldung kann bei 6,5 Milliarden stabilisiert werden. Die Regierung erreicht das Ziel des mittelfristigen Ausgleichs. Wir respektieren dieses Resultat, insbesondere, da es ohne Steuerfusserhöhung erzielt wurde. Dass zudem auch die Erfolgsrechnung 2016 voraussichtlich besser als budgetiert abschliessen wird, unterstreicht das Bemühen der bürgerlichen Regierung, zu sparen.

Leider, einmal mehr, sehr bescheiden war die Performance auf der linken Ratsseite. Welches Ihr Lösungsansatz für die Einhaltung des mittelfristigen Ausgleiches war, blieb uns während der gesamten Budgetdebatte ein Rätsel. Wir bitten Sie zur Kenntnis zu nehmen, dass der Regierungsrat unter dem Druck der Vorgaben des CRG die unumgänglich gewordene Leistungsüberprüfung an die Hand genommen hat. Das Gesetz beziehungsweise sogar die Verfassung verlangt dies. Da wirkt es etwas gar gnädig, wenn die SP im April, vor der Lül6-Präsentation der Regierung, vollmundig verkündete, man sei «bereit, die gesetzliche Vorgabe des mittelfristigen Ausgleichs zu respektieren», um dann im Folgenden auszuführen, dass man eben realistisch budgetieren müsse. Ein Teil der Leistungsgruppen nütze das Budget systematisch nicht aus. Zitat Tages-Anzeiger vom 9. April dieses Jahres: «Die SP hat bei der Durchforstung des KEF festgestellt, dass praktisch alle Ämter mehr Geld beantragen, als sie tatsächlich brauchen. Würden alle Ämter realistisch budgetieren, ergäbe sich laut SP ein Sparpotenzial von 800 Millionen Franken.»

Offenbar bin ich etwas sehr naiv, wenn ich erwartet habe, dass sich dies irgendwie in Ihren Budget-Anträgen abbilden würde. Jetzt frage ich Sie, geschätzte SP, wie kommt es denn, dass Sie das Budget mit zahlreichen Anträgen um Dutzende von Millionen verschlechtern wollten? War Ihre damalige Medienkonferenz nur Schaumschlägerei? Zu den Grünen muss ich eigentlich gar nichts sagen. Robert Brunner hat in seinem Eintretensvotum das entlarvend simple Weltbild in Worte gefasst: Die grünen Anträge sind gute Anträge, die bürgerlichen Anträge sind böse Anträge. So einfach ist das.

Lassen Sie mich auf zwei Punkte nochmals konkret eingehen: Die Reduktion der Lohnkosten und die Mindereinlage in den Verkehrsfonds:

In den letzten Jahren betrug das Stellenwachstum regelmässig über 2 Prozent pro Jahr, in der KEF-Periode 2015 bis 2020 gar 1200 Stellen oder rund 5 Prozent. Für die aktuelle KEF-Periode beträgt es rund 1 Prozent. Wir anerkennen, dass das Stellenwachstum abgenommen hat und hauptsächlich ausserhalb der Zentralverwaltung anfällt. Wir hätten aber erwartet, dass der gesamte Personalbestand ohne nennenswertes Wachstum auf dem Stand 2015 gehalten wird. Das Ziel der Minderung der Lohnsumme ist es denn auch, den Stellenausbau zu stoppen und weiterhin konkurrenzfähige Löhne zu bezahlen. Das geht, weil die Massnahme lediglich das Ausmass des Rotationsgewinns belastet, nicht aber die individuellen Löhne des Personals.

Die um dreimal 30 Millionen reduzierte Einlage in den Verkehrsfonds bedeutet nicht, wie man anhand Ihrer Reaktion hätte meinen können, das Ende des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zürich. Die Empörung,

die Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen vis-à-vis zur Schau gestellt haben, war halt eben nur Empörung. Weder Sie noch die beherzte Volkswirtschaftsdirektorin haben auch nur ein einziges konkretes Projekt benennen können, welches aufgrund dieser befristeten Mindereinlage in der Zukunft nicht realisiert werden kann. Nicht eines. Vielmehr ist es so, dass der Verkehrsfonds über genügend Mittel verfügt, um die für die nächsten 15 Jahre anstehenden Vorhaben finanzieren zu können.

Sowohl im Budget 2017 als auch im KEF 2017–2020 ist bei einem Aufwand von über 15 Milliarden das Polster zur Sicherung positiver Abschlüsse zu schmal. Gemessen am gesamten Aufwand sind die freien Mittel in Budget und KEF sehr bescheiden. Heute gibt es mehr denn je Unwägbarkeiten, die die Haushaltslage leicht aus dem Gleichgewicht bringen können. Auf globaler Ebene wäre da zu nennen die labile geopolitische Lage, Unsicherheit in der EU-Zone und nicht zu vergessen der starke Franken, der unsere Exportwirtschaft unverändert zwingt, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlegen. Auf lokaler Ebene: Auswirkungen der Steuerreform, unsichere Erträge von Nationalbank, aber auch die ungeklärte Regelung der Finanzierung der Heimplatzierungen samt drohender Rückforderungsklagen in unbekannter Höhe. Vor diesem Hintergrund ist eine weitere Stärkung der Haushaltslage unerlässlich.

Unsere Korrekturen im Budget sollen zudem dazu dienen, sich unter verändernden Rahmenbedingungen mehr Spielraum für finanzpolitische Entscheide zu sichern. Und ja, dazu gehört die anstehende Steuerreform beziehungsweise deren nachfolgende Umsetzung auf Stufe Kanton. Ohne diese kommt es in Zukunft dann nämlich knüppeldick. Davon sind wir überzeugt.

Die FDP war und ist gewillt, den Regierungsrat in seinen Bestrebungen zur Einhaltung des mittelfristigen Ausgleiches zu unterstützen. Wir werden dem Budget zustimmen. Besten Dank.

Benno Scherrer Moser (GLP, Uster): Ohne grosse Überraschungen, zürcherisch sachlich halt und fair – fast immer jedenfalls – haben wir unser Budget diskutiert. Und ohne unheilige Allianz, die gab es nur bei vereinzelt Abstimmungen, werden wir es schaffen, ein Budget zu verabschieden, ein ausgeglichenes, positives Budget zu verabschieden.

Die Regierung hat dieses Jahr die Leitplanken mal richtig gesetzt. Und weil kein Defizit budgetiert worden war, brauchte es auch keinen millionenschweren Antrag im Konto 4950, um das Defizit auszugleichen.

Und es brauchte auch keine Sparallianz mit der GLP, welche einfach alle Verbesserungsanträge durchgepowert hätte. Zudem können hier im Kantonsrat andere Fraktionen ohne uns ihre Anträge durchpowern, wir sind leider nicht mehr ein Zünglein an der Waage.

Dabei wäre es sinnvoller, wirklich genau hinzuschauen und zu begründen und einmal einer begründeten Verbesserung zuzustimmen, aber auch einmal eine Verbesserung abzulehnen, so wie wir Grünliberale das tun, ohne das Zünglein zu sein, eigenständig und nicht als Mitläufer.

Jetzt ist es so gekommen, dass schliesslich vor allem beim Naturschutz gespart wurde. Der Kantonsrat ging weit unter das Budget des Regierungsrates, womit – ich hätte nicht geglaubt, das je sagen zu müssen oder können – das Budget des Regierungsrats besser war als das von uns beschlossene. Oder anders gesagt, was im Budgetantrag als Verbesserung bezeichnet wird, bezeichnen wir hier im Umweltbereich als klare Verschlechterung.

Und mit diesen massiven Kürzungen, nicht in Franken, aber in Prozenten dieser Leistungsgruppen, ist es nicht mehr ein grünliberales Budget, wie wir uns das wünschen. Hier haben gewisse Kreise heillos über das Ziel hinaus geschossen und wir überlegen uns tatsächlich, wie wir in den nächsten Jahren mit dem Budget umgehen, wenn unsere Kernanliegen auf so unsachliche Art soweit zusammengestutzt werden und wenn der unbestrittene, so hoffen wir, Verfassungsauftrag nicht mehr erfüllt werden kann, wie wir das von Regierungsrat Markus Kägi, SVP, gehört haben.

Das Budget 2017 hätte aus unserer Sicht mit weniger Detailanträgen von Seiten des Kantonsrats beschlossen werden können, ja sollen. Ich kritisiere aber nicht wie Markus Späth, dass wir nur 2,9 Promille verändert haben, oft schien uns aber das Vorgehen ein unkoordiniertes Jekami. Da wurden Anträge eingereicht, in der Folgewoche zurückgezogen, wieder leicht abgeändert eingereicht und oft waren die Begründungen ungenügend, wobei ich hier nicht gesagt haben will, dass die Begründungen der Regierung in jedem Fall überzeugten.

Wenn aber in einem Budget einer Leistungsgruppe von mehreren Dutzend Millionen Anträge auf 100'000 Franken gemacht werden, die dann gar nicht begründet werden können, dann machen wir etwas falsch, und das darf nicht sein. Und zudem ist es Peanuts. Wenn ich nochmals an den heillosen Nachtragskredit von Regierungsrat Heiniiger erinnern darf, dann habe ich hier schon ein Problem mit den Dimensionen.

Klar, für uns ist es frustrierend, wenn wir keine grossen Sparpotenziale orten können. Das wäre eine schöne Aufgabe, aber als Milizpoliti-

ker haben wir nur beschränkt die Möglichkeit. Und vielleicht können wir jetzt auch dem Finanzdirektor vertrauen, dass er das gemacht hat.

Obwohl, wir wissen es alle und es wurde auch schon gesagt, die Regierung hat sich selber schwer getan mit der Leistungsüberprüfung, insbesondere damit, wirklich Leistungen zu überprüfen, zu hinterfragen und zu streichen. Aber wir gehen davon aus, dass jetzt Luft rausgenommen worden ist.

Unsere Arbeit ist und bleibt aber dennoch entscheidend und auch unsere Voten sind das. Wir setzen die Leitplanken für die nächsten Jahre. Es hängt auch an unserer Argumentation und Grundhaltung, ob die Regierung weiterhin bereit ist, harte Budgetarbeit zu leisten und das Ausgabenwachstum möglichst zu bremsen oder ob einfach der bequeme Weg gegangen wird und Mehrausgaben beantragt werden. Von da her scheinen wir auf gutem Weg zu sein.

Es war daher auch nicht in jedem Fall entscheidend, wie wir abgestimmt haben, unter Abwägung der Argumente und nach bestem Wissen und Gewissen. Um nochmals auf die Argumentation von Markus Späth zurückzukommen: Ja, hätte die SP dem regierungsrätlichen Budget denn tatsächlich zugestimmt?

Entscheidend für uns ist, dass das Budget steht, mit einer deutlichen schwarzen Null, und dass wir dem Kanton und seinen Einwohnern und Firmen ein stabiles, innovationsfreundliches Umfeld bieten. Wir stimmen dem Budget 2017 zu.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Ich versuche es mal ohne Röhrenblick, dafür mit umso mehr «Paracelsus-Gift». Es wird ja niemanden erstauen, dass das nicht unser Budget ist. Wir haben uns gegen Kürzungen eingesetzt, die teilweise gesetzeswidrig sind, welche die Umwelt schädigen und sozial Schwächere belasten. Das Budget steht ganz im Zeichen der Umverteilung von unten nach oben. Das können wir nicht unterstützen.

Die Mehrheit in diesem Haus, inklusive die Regierung, frönt dem Götzen «Triple-A» und ist dafür bereit, langfristige Schäden an der Natur, der Infrastruktur und an der Bildung hinzunehmen. Das Personal wird mehr als stiefmütterlich behandelt, insbesondere in einem Moment, wo es sehr grosse Reduktionen bei der BVK hinnehmen muss und einen Teil der Sanierung bekanntlich mittragen muss. Wer hat es verbockt? Die Regierung und sicher nicht das Personal.

Die Steuereinnahmen sind nicht wie von freisinniger Seite ziemlich faktenfrei behauptet weggebrochen. Wie haben es von Sabine Sieber gehört, die KOF (*Konjunkturforschungsstelle der ETH*) rechnet mit

einer langsamen Erholung der Konjunktur und damit mit einer moderaten Steigerung des BIP (*Bruttoinlandprodukt*) um 1,6 Prozent. Lieber Hans Egli, das kann man nachlesen im Internet. Und das übrigens bei einer Arbeitslosenquote gemäss SECO-Definition (*Staatssekretariat für Wirtschaft*) von 3,3 Prozent, insbesondere da die Einwanderung zurückgeht. Es gäbe also wirklich wenig Grund für Paniksparübungen, wenn wir uns nicht mit der hausgemachten Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III ins eigene Knie schiessen würden. Und da muss ich vielleicht doch ein paar Worte zur Stadt Zürich verlieren: Die Stadt hat den Ausfall der Bankensteuern wettgemacht und steht in einer gesunden Situation da, was man ja vom Kanton nicht immer sagen kann.

Wir haben jetzt stundenlang kleinliche Beträge von unter einer Million diskutiert, als ob das Heil der Staatskasse von Stellen in den PR-Abteilungen in den Direktionen abhängen würde. Das grosse Geld gibt Ihre Regierung mit beiden Händen aus, ohne dass der Kantonsrat auch nur einmal mitreden könnte. Stichworte: NUK (*Klinik für Nuklearmedizin*) oder Modulbau beim Universitätsspital, Anmietungen wie die völlig überdimensionierte Kantonsapothek in Schlieren und der «Circle» (*ambulantes Gesundheitszentrum*) am Flughafen. Die Liste ist nicht vollständig. Gar nicht. Bemerkenswert aber, dass sehr viel in der Gesundheitsdirektion ausgegeben wird, da, wo Sie ja alle Bedenken haben, aber nicht so genau wissen, was Sie tun sollen. Da, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind die grossen Ausgaben, da wird die Kasse geplündert. Und was sagt man uns? Alles gebundene Kosten. Das ist Ihre Regierung.

Zur Umverteilung: Obwohl die Gesundheitskosten und damit die Krankenkassenprämien aus dem Ruder laufen, glaubt man bei der Prämienverbilligung sparen zu müssen. Also sparen, wo es definitiv die Schwächeren trifft. Dass man hier an Grenzen stösst, zeigt sich dann, wenn man Ende Jahr einen Nachtragskredit beantragen muss. Man lügt sich also in die eigene Tasche.

Die harte, sehr harte Kürzung von 50 Millionen im Verkehrsfonds wird zukünftige Generationen übermässig belasten, wenn Investitionen aufgeschoben werden. Der Verkehrsfonds wird so zum Selbstbedienungsladen für die Finanzpolitiker der rechten Seite. Wir hier politisieren eben nicht nach dem Motto «Nach uns die Sintflut», lieber Thomas Vogel. Ich kann nur wiederholen, was Robert Brunner gesagt hat: Hier ist Stillstand Rückschritt. Erstaunlich, dass die Grünliberalen das mittragen und naiv erklären, dass die Kürzung für kurze Zeit schon gehe. Liebe Frau Schaffner (*Barbara Schaffner*), einmal angeordnet ist der Schaden bleibend. Das muss man auch den anderen Beschwichtigern hier im Haus sagen.

Und warum machen Sie das? Aufgrund dieser krassen Kürzung werden die Freisinnigen uns im Januar frohlockend erklären, dass es die Abschöpfung der hohen Gewinne der Privatspitäler für den mittelfristigen Ausgleich jetzt gar nicht mehr braucht. So bedient man seine Klientel, koste es, was es wolle. Die Chefärzte der Privatkliniken können den Champagner kalt stellen. Alles bleibt gut. Die Klinik Hirslanden kann mit exorbitanten Gewinnen und der freundlichen staatlichen Unterstützung neue Spitäler bauen und unsere gut ausgebildeten Chefärzte mit ihren Teams abzügel. Da passt übrigens ein kleines Zitat, das ich gefunden habe. Es heisst: «Eine Elite, die nur noch an sich selber denkt und nicht mehr an die Leute, denen sie dienen soll, ist gefährlich.» Es ist nicht Kirk Douglas (*US-amerikanischer Schauspieler*), sondern Roger Köppel (*Nationalrat und Zeitungsverleger*), der das geschrieben hat. Selbstverständlich meint er wie immer die anderen, aber es trifft auf Sie bestens zu.

Im Umgang mit den Gerichten müssen insbesondere die Freisinnigen mit ihren JUKO-Mitgliedern (*Mitgliedern der Justizkommission*) einmal über die Bücher. Ein Gericht ist keine Firma. Das «McKinsey-Geschwaffel» (*Unternehmens- und Strategieberatung McKinsey*) wie Effizienz, Betriebswirtschaft, Synergien und weiss nicht was, zeigt eigentlich nur, dass die Redner keine Ahnung von der Arbeit der Gerichte haben. Wenn dann auch noch gesagt wird, es werde ein «Dienst nach Vorschrift» gemacht, dann geht das einfach zu weit. Dann muss hier einmal klar gesagt werden, dass die Regierung, liebe Freisinnige, den Gerichten keine Vorgaben machen kann. Sie kann appellieren, aber es gibt kein Lül6-Gesetz. Ich habe mich bei diesem Kapitel der Budgetdebatte wirklich fremdgeschämt.

Bei den grössten Budgetposten, die den mittelfristigen Ausgleich bringen sollen, wurde gespart, ohne die geltenden Gesetze zu respektieren. Wer die Macht hat, sollte sorgfältig mit ihr umgehen und sich an die Gesetze halten. Nicht zum ersten Mal foutieren sich die bürgerliche Mehrheit und die Regierung um die geltenden Gesetze. Wenn die Gerichte dann die Rechtsordnung wieder herstellen, jammern und klagen die Bürgerlichen, weil wir es wagen, die Rechtmässigkeit ihrer Beschlüsse prüfen zu lassen. Es ist ein Trauerspiel, dass Regierung und Ratsmehrheit nur unter Umgehung der Gesetze sparen können. Ein solches Vorgehen schafft auch kein Vertrauen in die Politik – im Gegenteil. Da machen wir nicht mit. Die Regierung war nicht in der Lage, uns eine Gesamtvorlage Lül6 zu präsentieren. Die unkoordinierte Sparerei wird also weitergehen. Die USR III wird weitere Sparprogramme zur Folge haben und, weit schlimmer, den desaströsen

Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen wieder befeuern. Denn sie haben nichts gelernt.

Heute stimmen wir über ein Budget der Rückschritte ab. Wir lehnen es ab. Ich danke Ihnen.

Philippe Kutter (CVP, Wädenswil): Die Finanzpolitik ist wahrlich eine noble Aufgabe unserer kantonalen Politik. So detailreich die Planung ist, so kompliziert und lang die Zahlen, es stecken einfache Grundsätze dahinter. Und die gelten nicht nur für den kantonalen Haushalt, sondern auch für jeden privaten Haushalt. Und an diese Grundsätze möchte ich an dieser Stelle erinnern.

Erster Grundsatz: Wenn die Einnahmen weniger sind, dann muss man auch bei den Ausgaben auf die Bremse stehen, sonst ist das Bankkonto irgendwann leer, der letzte Kleinkredit aufgebraucht und der Haushalt in der Schuldenfalle und Sie landen irgendwo bei RTL (*Privatfernsehsender*).

Zweiter Grundsatz: Sparen kann eine Chance sein. Es ist eine gute Gelegenheit, um zu prüfen, ob wir das Richtige tun und ob wir das, was wir tun, richtig machen. Es ist also, um wieder alltäglich zu sprechen, eine gute Gelegenheit um zu schauen, ob alles zwingend nötig ist, was man Tag für Tag so einkauft.

Dritter Grundsatz: Beim Einkauf muss es nicht immer Rindsfilet sein. Es muss nicht immer Rindsfilet sein. Ja, mir ist schon klar, so ein Rindsfilet, saignant gebraten, ist etwas Wunderbares und ich mag es jedem gönnen, der ein saftiges Stück an Heiligabend auf dem Teller hat. Doch es gibt auch andere leckere Gerichte, die vielleicht nicht ganz so teuer sind und trotzdem gut schmecken.

Vierter Grundsatz: Was wir bestellen, müssen wir bezahlen. Wir können nicht, gültige Gesetze per Budget ausser Kraft setzen. Wir können zum Beispiel nicht das Budget der Gesundheitsdirektion reduzieren, nur weil allenfalls in Zukunft das Hundegesetz gelockert wird.

Ja, meine Damen und Herren, der Kanton Zürich muss sparen und die Menschen, das stelle ich anerkennend fest, sehen das ein. Natürlich nicht alle, aber viele. Und sie sehen, dass sich auch die öffentliche Hand den Gesetzmässigkeiten privater Haushalte nicht entziehen kann. So wie diese Menschen darum besorgt sind, dass Ende Monat auf ihrem Bankkonto noch ein paar Franken liegen, so müssen auch wir dafür sorgen, dass die kantonale Kasse nicht auf Grund geht.

Die einzigen, die davor die Augen verschliessen, sind leider die Kolleginnen und Kollegen auf der linken Ratsseite. Sie haben es sich – und das nicht zum ersten Mal – ziemlich gemütlich gemacht in der

Motzecke und gehen davon aus, dass wir da auf der rechten Ratsseite und in der bürgerlichen Mitte das Kind schon schaukeln werden.

Ja, meine Damen und Herren, die CVP ist gewillt, finanzpolitische Verantwortung zu übernehmen. Wir sind vielleicht nicht die Gescheitesten in diesem Rat aber wir sind bodenständig und haben einen klaren Wertekompass. Und dieser Wertekompass würde auch dem Kantonsrat gut tun.

Im Alltag nehmen wir immer eine Güterabwägung vor. Beim Autokauf, beim Menü, bei der Garderobe überlegen wir, lohnt sich der Mehrpreis oder nehmen wir das günstigere Produkt? Nur wenn es um Ansprüche an den Staat geht, dann darf es immer noch ein bisschen mehr sein. SP und Grüne halten sogar dann an Ausgaben fest, wenn sie sich offensichtlich überlebt haben, zum Beispiel bei der dezentralen Drogenhilfe. Für ein solches Verhalten habe ich kein Verständnis.

Wir von der CVP wollen, dass der Finanzhaushalt wieder in Ordnung kommt. Unsere Ziele waren ein ausgeglichenes Budget und das Einhalten des mittelfristigen Ausgleichs, damit sich der Kanton nicht weiter verschuldet. Diese Ziele haben wir erreicht und darum ist dieses Budget auch unser Budget.

Wir anerkennen, dass der Regierungsrat gewillt ist, die aktuellen Herausforderungen anzupacken. Wir anerkennen die Anstrengungen, die zu diesem Budget mit einer schwarzen Null geführt haben. Wir nehmen weiter positiv zur Kenntnis, dass in der Budgetdebatte der Voranschlag der Regierung weiter verbessert werden konnte. Damit senden Kantonsrat und Regierung ein wichtiges Signal aus.

Wir haben auch keine Bedenken, dass mit den Sparmassnahmen der Kanton Zürich irgendwie ins Wanken gerät. Die Reduktion der Einlage in den gut gefüllten Verkehrsfonds ist ebenso zu verkraften wie die beschlossene Reduktion der Lohnsumme. Ich bin überzeugt, dass der Kanton als Arbeitgeber weiter ein gutes Paket anbietet. In einer Zeit, in der die Firmen darum kämpfen, ihre Auftragsbücher zu füllen und in einer Zeit, da Stellen nach wie vor ins Ausland verlagert werden, da ist eine Stelle beim Kanton wahrlich keine schlechte Sache – auch ohne Lohnerhöhung im 2017.

Eingebettet in die Leistungsüberprüfung 2016 war das diesjährige Budget eine Etappe in einem Rennen. Die finanzpolitischen Diskussionen werden weitergehen, viele grosse Vorlagen stehen an. Da muss der Kantonsrat den Tatbeweis erbringen, dass er gewillt ist, diesen Weg, den wir nun mit dem Budget beschreiten, weiterzugehen.

Wir von der CVP werden den Weg weitergehen, auch wenn wir nicht von jeder Lü-Massnahme gleichermassen überzeugt sind. Bei uns lau-

tet das Motto: «Der Saldo muss stimmen.» Wo wir einer Massnahme nicht zustimmen, werden wir Alternativen unterstützen. Darum lautete unser Motto für die Budgetdebatte: «Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen. » Das haben wir getan. Mit der bewältigten Budgetdebatte und einem Ja zum Voranschlag unterstützen wir die Regierung in ihren Bestrebungen, den Weg fortzusetzen, damit der mittelfristige Ausgleich weiterhin Bestand hat. Wir werden dem vorliegenden Voranschlag zustimmen, und ich danke Ihnen fürs Zuhören.

Walter Meier (EVP, Uster): Alle Jahre wieder kommt der Weihnachtsmann, aber vorher muss der Kantonsrat noch das Budget beschliessen.

Unsere Einschätzung der Debatte: Aufgrund von Lül6 haben wir erwartet, dass die Debatte mit etwas härteren Bandagen geführt wird und auch etwas länger dauern würde. Das hat der Ratspräsident berücksichtigt und die Sitzungszeiten nach hinten ausgereizt.

Was mich am meisten erstaunt hat, ist, dass in ganz wenigen Fällen Argumente der Verwaltung stärker gewichtet wurden als die Parteidoktrin.

Auf wirklich tiefem Niveau waren die Strafraktionen bei denjenigen Direktionen und Gerichten, welche nicht von den eigenen Leuten besetzt sind. Natürlich findet man auch in diesen Fällen Argumente für eine Kürzung, aber unmittelbar nachdem man seine Kürzungsabsichten bekannt gegeben hat, tritt eine seltsame Taubheit ein.

Ganz seltsam sind für uns die Kürzungsanträge, die Leistungen aus dem Budget streichen wollen, die gar nicht im Budget enthalten sind. Und je länger der Abend respektive die Sitzung dauerte, desto tiefer sank das Niveau einzelner Voten.

Beatrix Frey hat am Anfang der Budget-Debatte gesagt, dass wohl jede Fraktion einige Kröten werde schlucken müssen. Nun, unsere Fraktion hat keine Kröten schlucken müssen, aber der Verwaltung und den Gerichten hat der Rat einige happige Kröten mit auf den Weg gegeben.

Trotzdem: Schwierig zu verdauen sind für uns die Entscheide betreffend den Krankenkassenprämien, dem Naturschutz, der Einlage in den Verkehrsfonds, die Strafraktionen gegenüber einzelnen Regierungsräten und den Gerichten sowie die Lohnkürzung.

Mit dem Budget der Regierung hätten wir leben können, aber nicht mit demjenigen der FIKO. Wir lehnen deshalb das Budget ab, im

Wissen darum, dass das Budget so oder so beschlossen wird. Wir können also nur ein Zeichen setzen.

In Kürze haben wir das Budget beschlossen und dann kann Weihnachten kommen. Wir wünschen allen im Rat den Frieden, der uns an Weihnachten zugesagt wurde.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Fünf Budgetsitzungen haben ja auch etwas Interessantes an sich: Man sieht, wen das Parlament liebt, wen das Parlament bestraft, wer sich im Regierungsrat besser durchsetzen kann, wer sich weniger durchsetzen kann. Ich glaube, den ersten Preis hat unzweifelhaft der Regierungspräsident (*Mario Fehr*) gezogen. Es wurde ihm, obwohl wir nun fünf Tage vom Sparen gesprochen haben, Reduktion der Lohnsumme et cetera, sogar das Personal in der Sicherheitsdirektion um zehn Leute aufgestockt. Das ist eine bemerkenswerte Leistung. Und als dann gesagt wurde, der Maximalbestand bei der Kantonspolizei sei ja schon erreicht, hat er gesagt, das gehöre nicht zum Maximalbestand, das seien andere Angestellte. Das ist wunderbar, das ist eine grossartige Leistung und das Parlament ist ihm gefolgt. Chapeau kann ich da nur sagen.

Wer die «A-Karte» (*«Arschkarte»*) gezogen hat, ist glaube ich auch klar. Ich bin noch nicht sicher, ich habe zwei Favoriten. Der Hauptfavorit ist das Sozialversicherungsgericht. Da haben ja alle auf diesem Gericht rumgeprügelt, obwohl wir alle wissen, dass es sehr lange geht, bis diese Menschen ein Urteil bekommen. Wir haben unglaubliche Worthülsen gehört von der Gegenseite. Da hat jemand gesagt, mit neuen Technologien könne das Sozialversicherungsgericht dann schneller arbeiten. Es ist schleierhaft, welche neuen Technologien gemeint sind. Wir haben das bis heute noch nicht gehört. Die Erleuchtung kommt ja erst an Pfingsten und nicht an Weihnachten. Vielleicht kommt dann an den nächsten Pfingsten die Erleuchtung über das Sozialversicherungsgericht und es geht alles flugs von dannen dort. Aber bemerkenswert ist vor allem, dass es dort um Menschen geht, die lange auf einen Entscheid warten. Und gewisse Menschen haben in diesem Parlament keinen hohen Stellenwert.

Die andere «A-Karte» hat natürlich das Personal gezogen. Jetzt wird gesagt, sie sollen einfach froh sein, wenn sie einen Arbeitsplatz haben, die Arbeitsplätze werden ins Ausland verlegt et cetera, sie sollen dankbar sein und eigentlich noch jeden Tag einen Dankesbrief schreiben, dass sie bei uns arbeiten können. Wir müssen uns nicht mit der UBS und der CS (*Schweizer Grossbanken*) und den Löhnen am Paradeplatz vergleichen, aber wenn Coop und Migros (*Schweizer Detail-*

handelsunternehmen) die Lohnsumme erhöhen und der Kanton Zürich nicht, dann ist das nicht so gut, meine Damen und Herren.

Bemerkenswert auch das Votum der Volkswirtschaftsdirektorin, die ja einen wirklich beherzten Einsatz für den Verkehrsfonds gezeigt hat. Sie hat gesagt, es sei ungesetzlich, dem Fonds Geld zu entziehen. Das habe ich gerne gehört, nur ist es ja so, dass der Regierungsrat bei den EKZ das Gesetz ritzt oder wahrscheinlich ritzt. Also gäbe es da auch noch gewisse Hausaufgaben zu machen.

Aber das Mantra, das wir nun während den fünf Sitzungen gehört haben, das ist eigentlich klar, und es ist nur ein Wort: Sparen, sparen, sparen. Es wurde dann gesagt, wir müssten kollektiv den Gürtel enger schnallen. Es kommt dann ja immer darauf an, meine Damen und Herren, wer Speck hat und wer keinen Speck hat. Das ist ein ziemlicher Unterschied. Und dann wurde gesagt, es müsse ja nicht immer Rindsfilet sein. Wir reden hier nicht über Rindsfilet, wir reden über «Hörnli und Ghackets» und vielleicht am Sonntag einmal einen schönen Braten. Um das geht es doch. Wir reden hier nicht über Rindsfilet. Man muss doch einfach betonen, wir haben einen schlanken und effizienten Staat, und Sie tun immer so, als ob es völlig aus dem Ruder laufe. Das ist doch Blödsinn. Gehen Sie zum Beispiel nach Italien oder Deutschland. Dort könnten Sie das sagen, aber nicht in der Schweiz. Also seien Sie doch realistisch.

Auch wir haben uns dem Sparen nicht verschlossen. Wir haben auch Sparanträge gutgeheissen. Die haben der Seite dort hinten nicht so gefallen. Sparen ist eine interessante Aufgabe und man muss die Staatsaufgaben wirklich immer hinterfragen, was sinnvoll und nicht sinnvoll ist. Das ist eine permanente Aufgabe. Aber Sie sehen das unter dem Blickwinkel, dass der Staat ein Dämon oder ein Moloch ist, der sich vergrössert. Wir hingegen sehen das unter dem Blickwinkel, dass der Staat ein Grossbetrieb ist und dass jeder Grossbetrieb Fett ansetzen kann. Und es ist auch klar, dass nicht jeder Franken, den man oben reintut, unten auch wieder gut rauskommt. Trotzdem, was Sie hier machen, ist etwas ganz anderes.

Das fängt ja schon mit dieser Lül6-Geschichte vom Regierungsrat an, die Sie da sklavisch übernommen haben. Sie waren sehr dienstfertige Sklaven und haben das ja noch überboten. Das ist nun doch eine ganz andere Qualität. Vorher hatten wir ja diesen Antrag zur Leistungsgruppe 4950, diesem «Reptilienfonds». Das war früher eher eine Slapstick-Unterhaltung, weil Sie sich mit Zahlen von 100 oder 200 Millionen überboten haben. Jetzt haben Sie einen konkreten Antrag gestellt und es ist klar, wo der Hase im Pfeffer liegt.

Bei der individuellen Prämienverbilligung ist es klar, da geht es um den unteren Mittelstand, der blutet. Das sind vor allem auch Wähler-

schichten, die die Partei vis-à-vis wählen. Sie müssen sich einfach bewusst sein, dass dann diese Leute nicht sehr erbaut sind.

Sie haben die Tendenz – und das fällt mir auch bei der AHV-Diskussion in Bern auf –, dass man die Leute einfach in die Ergänzungsleistungen oder die Sozialhilfe abdrängen will. Man sagt, dort habt ihr ein gesichertes Einkommen und für alles was darüber ist, müsst ihr selber schauen. Da drücken Sie eine grosse Schicht von Leuten eindeutig nach unten und Sie machen es noch fast attraktiver in der Sozialhilfe zu sein, weil der Sprung, wenn man dann herauskommt und alles selber bezahlen muss, sehr unangenehm ist. Diese Politik bewirkt also genau das Gegenteil.

Dass das Personal geblutet hat, wissen wir. Dass Sie auch so Sachen wie Lehrwerkstätten abbauen oder an der Weiterbildung kürzen, das ist bemerkenswert. Das ist eine neue Stossrichtung, die Sie da einschlagen.

Es geht aber nicht nur ums Sparen, man könnte unter anderem auch von Mehreinnahmen reden. Der Staat lebt ja nicht nur von den Ausgaben, er lebt auch von den Einnahmen. Darüber wurde nie gesprochen. Die einzigen Mehreinnahmen, die der Regierungsrat aus unserer Sicht erfreulicherweise noch eingebettet hat in Lül6, diese Privatspitäler-Abgabe, die wird ja dann gekippt werden. Dafür haben Sie ja hier das Budget fit gemacht, das wissen wir schon, und sonst wird nichts gemacht.

Ich möchte einfach nochmals betonen – es ist auch ein Stereotyp, aber es ist wunderbar –, in den letzten 25 Jahren ist die Steuerbelastung im Kanton Zürich um 25 Steuerprozent gesenkt worden. Das ist die Realität und das kann ich Ihnen und werde ich Ihnen vielleicht jedes Jahr vorhalten. Deshalb können Sie nicht sagen, Mehreinnahmen seien ein Tabu. Darüber müssen wir auch reden, wenn wir eine Gerechtigkeit bei der Lastenverteilung haben wollen. Sie können nicht einfach einseitig bei gewissen Leuten, die unten sind sparen und bei denen oben lassen Sie es sein. Das geht nicht.

Aus diesen Gründen nehmen wir uns die Freiheit, Herr Trachsel, dieses Budget abzulehnen. Sie haben sich ja schon die Freiheit genommen, für nächstes Jahr zu sprechen. Das ist wunderbar, prophetische Voten liebe ich ganz besonders. Sie haben gesagt, Sie würden das Budget ablehnen, wenn nächstes Jahr die Steuern erhöht würden. Wir sagen, auch ohne Steuererhöhung lehnen wir dieses Budget bereits heute ab.

Erich Vontobel (EDU, Bubikon): Sparen fordert Opfer. Und wo diese Opfer erbracht werden sollen, ist Ansichtssache, eine Frage der per-

sönlichen Betroffenheit oder Gegenstand von Partikularinteressen. Und genau deshalb waren wir in den vergangenen sechs Budget-Sitzungen hier, um eine demokratische Güterabwägung vorzunehmen. Diese hat nun stattgefunden. Die Entscheide sind zu respektieren. Wenn wir beispielsweise fürs 2017 in Sachen Naturschutz für den dicht besiedelten Kanton Zürich mit seinem Anteil von bloss rund 0,0003 Prozent an der Gesamtoberfläche der Erde etwas weniger grosszügig sind als auch schon, ist das objektiv und global gesehen keine Tragödie. Für den Naturschutz wird nämlich so oder so nicht nur viel, sondern sehr viel getan in unserem Kanton. Und wenn es halt nächstes Jahr für einmal etwas weniger aber immer noch viel ist, nehmen wir doch immerhin zur Kenntnis, dass wir zum Beispiel bei den mobilitätsbehinderten Menschen grosszügiger waren als geplant. Und eigentlich ist auch das eine Art von Naturschutz. Wir Menschen sind ein Teil der Natur. Nur schade, dass wir an dieser Stelle nicht auch diejenigen Menschen geschützt haben, die auf die individuelle Prämienverbilligung angewiesen sind. Aber dazu haben wir ja in der Lül6-Debatte nochmals eine Gelegenheit.

Ja, man kann nicht den Fünfer, das Weggli, das Retourgeld und die Bäckerstochter aufs Mal haben. Sparen geht anders. Da muss man da und dort den Gürtel enger schnallen oder gar verzichten. Und das haben wir nun geregelt fürs 2017.

Zusammenfassend möchte ich folgendes festhalten: Die EDU findet es richtig und wichtig, dass wir für nächstes Jahr ein gut ausgeglichenes Budget haben und auch mittelfristig ernsthaft versuchen, unsere Kantonsfinanzen ins Lot zu kriegen. Alles andere wäre verantwortungslos. Verantwortungslos unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern gegenüber. Aber vor allem verantwortungslos gegenüber unseren Kindern. Es soll grundsätzlich jede Generation das bezahlen, was sie – im Bild gesprochen – bestellt hat.

Dass gewisse Sparanträge keinen Beifall finden würden, war zu erwarten. Aber wir können doch die Finanzen unseres Kantons nicht einfach schlittern lassen, bloss damit wir kurzfristig bei unseren Wählerinnen und Wählern gut dastehen. Nach dem Motto: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Das wäre unehrlich und populistisch. Besondere Umstände erfordern besondere Massnahmen. Und eine sinnvolle Alternative zum Sparen haben wir in der jetzigen Situation nicht. Mehreinnahmen über Steuererhöhungen zu generieren, ist ein Szenario für den absoluten Notfall. Damit spielt man nicht, sonst werden wir als Kanton unberechenbar und aus wirtschaftlicher Sicht unattraktiv. Mag sein, dass einige unter Ihnen das vielzitierte Triple-A-Rating von Standard & Poor's (*Rating-Agentur*) für unseren Kanton nicht so wichtig finden. Wir sehen das anders. Es attestiert unserem Regie-

rungsrat, dass er weiss, wie er die Haushaltsanierung angehen will, dass diese Massnahmen realistisch sind und dass der Sparweg ernsthaft beschritten wird. Dafür möchten wir den Verantwortlichen in unserer Regierung herzlich danken.

Das Fazit des Gesagten wird Sie nicht erstaunen: Die EDU stimmt dem nun vorliegenden Budget zu. Danke.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau): Kürzlich erhielt ich eine Weihnachtskarte von einem lieben Freund mit dem Titel «Wobei sich der Zeiger der Uhr immer gleich schnell dreht.» Das führte mich dann zu folgenden Gedanken: Budget, jene Zeit, in der man glaubt, dass die Zeit jedes Jahr schneller vergeht, dabei sich der Zeiger der Uhr immer gleich schnell dreht. Es sind die schönen Momente, die viel zu schnell vergehen, doch bei der Budgetdebatte scheint die Zeit nicht zu vergehen, wer kennt es nicht, jede Minute auf die Uhr zu sehen.

Daraus dann auch die Schlussfolgerung, die ich bereits in der Eintrittsdebatte geäussert habe: Budget 2017, lediglich eine Fortschreibung ohne wesentliche Verbesserungen, mutlos und zurückhaltend. Der Finanzdirektor kommentierte diese Äusserung nach der Eintrittsdebatte als den einzigen «Ausrutscher» in diesem Saal. Nun, ich bleibe dabei: Es war kein Ausrutscher und das hat auch die vergangene Budgetdebatte gezeigt. Was ist geschehen? In sieben Sitzungen von einer ungefähren Dauer von 19 Stunden oder 1140 Minuten haben wir 0,3 Promille des 15-Milliarden-Budgets zusätzlich eingespart – rund 45 Millionen oder circa 31'000 Franken pro Minute. Letzteres ist aber nicht ganz korrekt, wenn wir beachten, dass 30 Millionen innert circa einer Stunde eingespart wurden und wir für die restlichen 15 Millionen immerhin noch 18 Stunden brauchten.

Wie zu erwarten gab es die üblichen Links-Rechts-Schemata bei den wenigen Posten, die man erhöhen oder kürzen wollte, sodann auch eine Vielzahl der Redner dazu. Aus meiner Sicht alles wie gehabt, eine Fortschreibung, mutlos und zurückhaltend, ohne nennenswerte Höhepunkte, ausser dem einen oder anderen Versprecher der Votanten beziehungsweise das Verschlafen oder einem falschen Drücken der Abstimmungsknöpfe, was wenigstens zu einem Lacher oder einem leicht höheren Puls geführt hat. Selbst beim grössten Korrekturposten, beim Verkehrsfonds, hielt sich alles in Grenzen. Die Presse schrieb zwar, die Volkswirtschaftsdirektorin habe wie eine Löwin um diesen Posten gekämpft, aber es scheint, dass jener Journalist eher Zoobesucher ist, als dass er die majestätischen Tiere je in freier Wildbahn kämpfen sah.

So nebenbei möchte ich der schreibenden Presse trotzdem ein Kompliment machen: Es erstaunt mich immer wieder von neuem, auch wenn Sie nur meist jeweils die grössten Parteien zitieren, wie Sie einerseits hier im Saal ausharren und dann anderseits überhaupt noch einen interessanten Text inklusive Headline zusammenbekommen. Kompliment an Ihre Kreativität.

Ich erlaube mir hier dann auch gleich anzumerken, dass sich der gesamte Regierungsrat mit den Vorschlägen aus den Kommissionen und dem Parlament nach meiner Einschätzung von Beginn weg abgefunden zu haben schien. Zumindest hinterliessen alle sieben bei mir eher einen gelangweilten als kämpferischen Eindruck – doch vielleicht auch aus der Tatsache heraus, dass es nicht viel zu kämpfen gab.

Nun, meine Damen und Herren, wir gehen wie erwartet mit einem leicht und kaum der Rede werten, korrigierten Budget ins neue Jahr. Auch zum Schluss werden wir, wir haben es bereits gehört, nichts Neues erleben. Links lehnt das Budget ab, und die rechte Ratsseite stimmt dem Budget zu. Und was tut die Mitte? Auch nichts Neues: Mitte-Rechts stimmt mit den Rechten und Mittel-Links geht mit den Linken. Also, wie ich in diesem Rat stets zu sagen pflege: Fortschreibung, mutlos und zurückhaltend. Allesamt, Regierung, FIKO und Parlament.

Der geneigte Zuhörer in dieser Debatte mag es vielleicht bemerkt haben: Die BDP-Fraktion hat sich in dieser Debatte kaum geäussert. Dafür gibt es zwei Gründe: Einerseits sind wir unserer Schlagkraft als kleine Fraktion und Nicht-Mitglied der FIKO bewusst. Andererseits waren wir auch noch nie eine Vielredner-Partei und sagen dann etwas, wenn es tatsächlich etwas zu sagen gibt. Dies nach dem Leitsatz: «Weniger ist oft mehr.»

Zweitens: Wenn wir mit uns doch selber ehrlich sind, müssten wir uns doch eingestehen, dass das Budget 2017 eigentlich von Beginn weg gar nicht so schlecht daher kam. Der Kanton Zürich steht insgesamt und im Vergleich zu anderen Kantonen gut, ja sogar sehr gut da. Doch sind wir kritisch genug mit uns? Wir meinen, Nein. Denn mit der vergangenen Budgetdebatte und den damit verbundenen Minderheits- und Mehrheitsanträge haben wir doch nichts anderes gemacht, als unsere politische Legitimation zu untermauern. Das ist jedem sein legitimes Recht. Doch Neues, Überraschendes oder gar Spektakuläres ist uns wie Ihnen nicht eingefallen.

Was bleibt sind, wie in dieser Jahreszeit angebracht, Wünsche. Wünsche an den Regierungsrat, beim nächsten Budget nicht einfach Fortschreibung zu betreiben, Mut zu beweisen und zum Beispiel in der Verwaltung jede einzelne Stelle zu hinterfragen und weiterhin und

auch ausserhalb des Zwangs des mittelfristigen Ausgleichs jede noch so erdenkliche zu erbringende Leistung zu hinterfragen beziehungsweise in eigener Kompetenz oder mittels eines Antrags an dieses Parlament zu streichen. Das heisst nichts anderes als nicht einfach dem Parlament jeweils zu sagen, sagt ihr uns, was wir tun sollen, sondern eigenverantwortlich zum tatsächlichen Wohl unseres Kantons zu handeln. Das wünsche ich mir von der Regierung. Und von der FIKO und dem Parlament wünsche ich mir mehr Mut, unkonventionelle, nicht nach links oder rechts gesteuerte, politisch motivierte Anträge zu formulieren, sondern solche, die uns tatsächlich weiterbringen. Wir von der BDP helfen Ihnen gerne dabei. Das heisst aber, uns auch früher zu informieren und in Ihre Gedankenwelt einzubinden. Wir sind bereit, kommen Sie auf uns zu.

Zum Schluss zitiere ich aus einer anderen Weihnachtskarte, welche wir von den Parlamentsdiensten erhalten haben, die ich hiermit auch gleich herzlich verdanke: «Mit dem ausklingenden Jahr verhält es sich wie mit der auslaufenden Redezeit im Parlament: Es gäbe noch so vieles zu sagen.» Leider war dies bei der diesjährigen Budgetdebatte nicht so. Eher so: Mit der ausklingenden Budgetdebatte verhält es sich wie mit der auslaufenden Redezeit: Es gab und gibt nicht mehr viel zu sagen.

So schliesse ich hier in diesem Jahr, mit den in der Zwischenzeit bekannten Worten. Budget 2017: Fortschreibung, mutlos, zurückhaltend. Oder wie Martin Luther es sagte: «Wer bekommt, was er mag, ist erfolgreich, wer mag, was er bekommt ist glücklich». Ich glaube der Regierungsrat mag das Budget 2017, und wir hier drin im Saal sind glücklich. (*Heiterkeit.*) Schön gesagt, oder?

Die BDP-Fraktion wird dem Budget 2017 zustimmen.

Ratspräsident Rolf Steiner: Ich danke den Fraktionsvorsitzenden für ihre Einschätzungen, und wir kommen nun zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung über die Vorlage 5309b

Der Kantonsrat beschliesst mit 113 : 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das bereinigte Budget 2017 mit einem Ertragsüberschuss von 62'426'829 Franken in der Erfolgsrechnung und mit Investitionsausgaben von 1'010'732'600 Franken in der Investitionsrechnung zu genehmigen.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Rücktrittserklärungen

Rücktritt aus dem Kantonsrat von Johannes Zollinger, Wädenswil

Rücktrittsschreiben von Johannes Zollinger: «Ich habe das ausserordentliche Vergnügen und auch die besondere Ehre gehabt diesem Rat fast 12 Jahre anzugehören. Dafür danke ich vorerst mal meinen Wählerinnen und Wählern, die das möglich gemacht haben und meiner Partei, die mir den geeigneten Listenplatz gewährt hat.

Mein erstes Geschäft war eine Einzelinitiative zur Einführung einer Pferdesteuer. Ich musste die Meinung meiner Fraktion zu diesem Thema formulieren. Da habe ich mich zum ersten Mal darüber gewundert, mit was sich Kantonsräte zu befassen haben. In der Folge habe ich mich dann immer wieder sehr gewundert, über welche Themen in diesem Rat wie lange geredet wird und dabei im Stillen Otto von Bismarck Recht gegeben. Er sagte: «Je weniger die Leute davon wissen, wie Würste und Gesetze gemacht werden, desto besser schlafen sie.» Nun gut: Im Zürcher Kantonsrat kann man ja auf der Zuschauertribüne mitverfolgen, wie Gesetze gemacht werden oder vielleicht auch schlafen.

Ich habe mich aber auch gefreut. Ueber viele gute Kontakte mit Kolleginnen und Kollegen, über freundschaftliche Begegnungen auch dann, wenn die politischen Ansichten nicht deckungsgleich waren. Dafür danke ich Ihnen allen ganz herzlich. Spannend war die Arbeit in den Kommissionen. Dort finden auch Parlamentarierinnen Parlamentarier gelegentlich Kompromisse und erarbeiten tragbare Lösungen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Mein ZVV-Abonnement läuft am 16.01.2017 ab. Mein Nachfolger tritt sein Amt am 09.01.2017 an. Die Parlamentsdienste haben mich deshalb freundlich angeschrieben: «Möchten Sie das Abo behalten, muss ich Ihnen für die letzten 8 Tage einen Betrag von Fr. 47.35 in Rechnung stellen.

Die Verrechnung verhält sich wie folgt. Abo-Preis Fr. 2160.-: Gültigkeit Ihres Abos: vom 17.01.16–16.01.17

Austritt (=Eintritt Ihres Nachfolgers): 09.01.17. Tagessatz von Fr. 5,918 x die restlichen 8 Tage = Fr. 47.344

Verzichten Sie auf das Abo, müssen Sie mir dieses am 10.01.17 zurücksenden».

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Im Kanton Zürich hat wirklich Alles seine Ordnung und für jedes Problem gibt es eine Lösung. Ich kann daher getrost zurücktreten. Nehmen Sie Ihre Aufgaben im Dienste unseres Kantons immer sehr, und sich selber nicht ganz so ernst.»

Ratspräsident Rolf Steiner: Johannes Zollinger trat 2005 für den zurückgetretenen Kurt Schreiber in den Kantonsrat ein. Als langjähriger Schulvorstand setzte er sich insbesondere für Bildungsthemen und den Jugendschutz ein. Die Erhöhung des Vaterschaftsurlaubs von drei auf fünf Tage für das kantonale Personal geht auf eines seiner Postulate zurück.

Sein erstes Kommissionsmandat war die WAK (*Kommission für Wirtschaft und Abgaben*). Nach seiner Wiederwahl 2007 wurde er zum ersten Präsidenten der neugegründeten ABG (*Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit*) gewählt. Dank seiner umsichtigen und gelassenen Art gelang es ihm, die neue Kommission im Kompetenzgerangel mit der KSSG (*Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit*) gut zu positionieren und die neue Oberaufsichtsrolle insbesondere bei der Gesundheitsdirektion glaubwürdig durchzusetzen. Bevor er 2015 das Präsidium der JUKO (*Justizkommission*) übernahm, folgten vier Jahre als Mitglied der KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*). Hier brachte der ehemalige Präsident des Verbandes der Zürcher Schulpräsidien wichtige strategische Impulse in die Beratung der Geschäfte ein.

Auch innerhalb seiner Partei übernahm Johannes Zollinger Verantwortung. Von 2008 bis 2016 amtierte er als Präsident der EVP des Kantons Zürich.

Johannes Zollinger stand in unserem Rat stets für pragmatische Lösungen ein. Anstelle gesetzlicher Änderungen war der Dialog das erste Mittel seiner Wahl. Seine freundliche und ausgeglichene Art, mit der er uns stets begegnete, hat sicher mit seinem Hobby, dem Singen, zu tun. Unvergesslich bleibt in diesem Zusammenhang für viele seine Solo-Interpretation von Frank Sinatras «My Way» anlässlich der Präsidialfeier von Geri Fischer (*Gerhard Fischer*).

Wir wünschen Dir, lieber Johannes, auch auf Deinem weiteren Weg alles Gute und danken Dir herzlich für Dein engagiertes Mitwirken in unserem Parlament. Vielen Dank. (*Applaus.*)

Zum Abschluss der Sitzung erteile ich das Wort nun noch dem Regierungspräsidenten.

Regierungspräsident Mario Fehr: Ich danke Ihnen zunächst dafür, dass Sie das Budget verabschiedet haben. Ich danke Ihnen insbesondere im Namen des Finanzdirektors, weil er jetzt auch in die Ferien gehen kann, und er hat es verdient.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen darüber hinaus aber auch für die Arbeit, die Sie im letzten Jahr für diesen Kanton geleistet haben. Ich denke, die Arbeit in der Zürcher Politik ist nicht immer wahnsinnig spektakulär, nicht immer unglaublich hitzig, aber sie ist zielorientiert. Wir haben immer wieder solche Momente, wo wir spüren, dass wir uns gemeinsam für diesen Kanton engagieren. Und wenn Sie mit sich selber aufrichtig und ehrlich sind, dann müssen Sie doch sagen, dass es uns angesichts von vielen schlimmen Ereignissen, von Not und Elend auf dieser Welt einfach nur wirklich sehr gut geht hier im Kanton Zürich.

Ich möchte Ihnen zunächst danken, zuerst dem Präsidenten. Er hatte eine sehr anstrengende Zeit. Ich glaube, er hatte dann und wann auch das Bedürfnis ein bisschen Abstand zu nehmen vom Ratsbetrieb. Das will ich ihm ermöglichen. Ich habe ihm zwei Geschenke mitgebracht. Das eine ist ein Buch über Zürcher Landschaften – ein sehr schönes Buch. Da kann er entfliehen. Und wenn das nicht hilft, habe ich ihm einen Schnaps mitgebracht. Der Schnaps stammt übrigens vom Waffenplatz Reppischtal in Birmensdorf, wo wir einen Weinberg haben und auch Schnaps produzieren. Besten Dank, Herr Präsident. (*Applaus.*)

Sie alle sollen aber auch nicht leer ausgehen, meine Damen und Herren. Ich hatte bei der Geschenkwahl an Sie alle zwei Eckpunkte, die ich beachten musste: Zum einen sollte es ein Geschenk sein, das in irgendeiner Art und Weise zum Regierungspräsidenten passt und zum anderen sollte es nicht viel kosten, zumal der Finanzdirektor immer noch im Saal ist.

Ich habe mich, meine Damen und Herren, für ein Sackmesser entschieden. Das Sackmesser entstammt den Beständen der Sicherheitsdirektion. Es ist erstens pfaditauglich, zweitens kostet es nichts, weil es schon bezahlt ist aus dem Budget und der Rechnung 2016 und drittens ergeht der freundliche Hinweis, dass es hier im Saal nicht eingesetzt werden darf. Wenn Sie also nachher hinausgehen in die Weihnachtszeit werden die Weibel Ihnen allen und auch den Journalistinnen und Journalisten ein solches Sackmesser übergeben – Ihnen allen, die bis zum Schluss ausgeharrt haben. Diejenigen, die früher gegangen sind, bekommen keines. (*Heiterkeit.*) Ja, so ist es. Nicht nur Leistung, sondern auch Geduld sollte sich lohnen, finde ich, angesichts dieser Budgetdebatte.

Ich wünsche Ihnen friedliche Festtage und gesegnete Weihnachten. Der Regierungsrat freut sich, Sie hier im nächsten Jahr wieder zu sehen und mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Machen Sie es gut und «en guete Rutsch.» (*Applaus.*)

Ratspräsident Rolf Steiner: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Auch ich wünsche Ihnen für die Festtage alles Gute und auch im neuen Jahr eine gute Zusammenarbeit. Schöne Ferien.

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Sonderschulquoten in der Volksschule**
Anfrage *Ann Barbara Franzen (FDP, Niederwenigen)*
- **Jugendliche am Übergang von der obligatorischen Schule in die Sekundarstufe II – Facts and Figures**
Anfrage *Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster)*

Umwandlung einer Motion in ein Postulat

Die Motion KR-Nr. 344/2016, Für ein wirksames Mitarbeitendengespräch in der Volksschule, von Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) wurde in ein Postulat umgewandelt.

Schluss der Sitzung: 19.10 Uhr

Zürich, den 20. Dezember 2016

Der Protokollführer:
Daniel Bitterli

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 9. Januar 2017.